Nürnberg,
Dienstag, den 4. August 1931

Vierteljährlicher Bezugspreis RM 1.40 frei Nürnberg einschl. Zustellung — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile (7 mm hoch) 36 Rpf. Geschäftliches ausgeschlossen. Die Mitgliederversammlungsanzeigen die kleine Redaktionsschrift. Sonntag Fernsprechnummer der Redaktion: Nürnberg 24403 — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4 (Postfach) — Versandstelle: Eysenweinstraße 1 — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 23989 Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

# Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an: „Der Schuhmacher" Nürnberg 4, Postfach

Nr. 32
45. Jahrgang

## Kartellfeiertage!

Die jetzt tobende Wirtschaftskrise übertrifft alle ihre Vorgängerinnen an Hartnäckigkeit und Dauer. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß es dem Kapitalismus gelungen ist, das preisregelnde Gesetz von Angebot und Nachfrage durch straffe Organisation teils ganz aufzuheben, teils in seiner Wirksamkeit erheblich zu beschneiden. Die Lagerbestände können in den Himmel wachsen und das Warenangebot noch so sehr verstärken, die Preise sinken einfach nicht. Der Kartellvertrag, gestützt auf das im Bürgerlichen Gesetzbuch verankerte Vertragsrecht, war bisher stärker als das zur liberalen Wirtschaft gehörende Preisgesetz von Angebot und Nachfrage. Und die Furcht vor der hohen Konventionalstrafe war größer als der Wagemut zu einem kartellvertragswidrigen Außenseitertum. Daran haben auch die verschiedenen Notverordnungen, die eine Lockerung der Preisbindungen in Aussicht stellten, nichts geändert.

Erst die letzten Tage haben hier eine Aenderung gebracht, und zwar nicht durch eine der gerade jetzt sehr häufig erlassenen Notverordnungen, sondern durch das Wirksamwerden eines anderen Wirtschaftsgesetzes. Damit hat es folgende Bewandtnis. Die großen Abzüge ausländischer Guthaben haben in Verbindung mit einer neuen Welle der Kapitalflucht zu einer starken Einschränkung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank geführt. Die im Reichsbankgesetz vorgeschriebene vierzigprozentige Deckungsgrenze mußte unterschritten und trotzdem der Betrag an umlaufenden Banknoten sehr stark eingeschränkt werden. Um die Inanspruchnahme der Reichsbank zwecks Gewährung neuer Kredite an die heimische Wirtschaft zu erschweren, wurde der Reichsbankzinssatz für eingelieferte Wechsel von 7 auf 10 Prozent und der Lombardzinssatz, also der Zinssatz für Kredite auf Grund hinterlegter Wertpapiere von 8 auf 15 Prozent erhöht. Hinzu kommt noch, daß die Reichsbank die Bestimmungen über die Geldhergabe für Wechsel oder andere hinterlegte Wertpapiere außerordentlich verschärft hat, so daß es heute sehr schwer ist, von ihr überhaupt Geld zu erhalten und wenn schon, dann nur gegen anormal hohe Zinsen.

Welche Wirkungen sind nun von diesem Kurs der Reichsbankpolitik für die Wirtschaft und da vor allen Dingen auf den Krisenverlauf zu erwarten? Einstweilen kommt weder der hohe Diskontsatz noch die beschränkte Geldhergabe der Reichsbank voll zur Auswirkung. Das wird erst dann der Fall sein, wenn alle Geldinstitute wieder verpflichtet sind, die Ansprüche ihrer Kunden zu befriedigen. Bei einem sehr hohen Diskontsatz wird es dem Kaufmann unmöglich, ein großes Warenlager zu unterhalten, da die eingetretene Kreditverteuerung das Geschäft unrentabel werden läßt. Er wird also ebenso wie der Industrielle gezwungen werden, sein Lager abzustoßen, um sich die für die weitere Abwicklung der Geschäfte notwendigen flüssigen Mittel zu beschaffen. Noch sicherer tritt dieser Zustand ein, wenn ihm der bereits gewährte Bankkredit gekündigt wird, was in sehr vielen Fällen eintreten wird, da die Rückgriffe der Privatbanken auf die Reichsbank ebenfalls erschwert und zum Teil unmöglich gemacht sind. Nicht zu Unrecht ist daher mit Ausverkäufen zu rechnen, die das Preisniveau herabdrücken werden.

Zweifellos würde das zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise beitragen, wenn auch vorerst noch mit einer steigenden Zahl von Konkursen zu rechnen ist. Dieser Lauf der Dinge darf jedenfalls nicht gehemmt werden. Es wäre geradezu unverantwortlich, wenn die öffentliche Hand hier zu Stützungszwecken mit Subventionen einspringen würde. Das darf auf keinen Fall geschehen. Die Arbeiterorganisationen haben darüber zu wachen, daß das nicht geschieht. Darüber hinaus sind alle Hemmungen zu beseitigen, die den durch die Reichsbankpolitik eingeleiteten Preissenkungen im Wege stehen. Ein solches Hindernis ist das Kartell. Dessen schädigende Wirkung auf die Preisbewegung muß aufgehoben werden. Vielfach wird ja der wirtschaftliche Notstand sowieso stärker sein als die vertraglich geregelte Kartellbindung. Aber ein Hemmnis wird diese auf jeden Fall bilden, so daß zumindest bis zu dem Zeitpunkt, wo eine Reinigung unseres Wirtschaftslebens als gesichert gelten kann, sämtliche **Kartellbindungen außer Kraft gesetzt werden sollten.** Die Bankfeiertage sind vorüber, jetzt müssen die Kartellfeiertage einsetzen, sonst hätten auch die ersteren ihren Zweck verfehlt.

## „Kinder der Not": Kartell-Neugründungen

Nach Ausbruch der Wirtschaftskrise sind einige Kartelle, die trotz der veränderten Marktlage überhöhte Kartellpreise aufrechterhielten, gesprengt worden, andere wiederum bestanden nur noch formell weiter. Die Listenpreise standen nur noch auf dem Papier und wurden weitgehend unterboten. Es mehrten sich die Stimmen, die eine „Kartelldämmerung" für nahe hielten und der Auffassung waren, unter dem Druck der Wirtschaftskrise und angesichts der offensichtlichen wirtschaftlichen Fehler der industriellen Kartellpolitik würden wir zu einer starken Auflockerung der Produktions- und Preisbindungen kommen; es würde sich wieder eine Rückbildung vom organisierten Kapitalismus **zur freien Konkurrenzwirtschaft** anbahnen.

Die tatsächliche Entwicklung zeigt einen entgegengesetzten Verlauf. Nachdem im Krisenjahr 1930 einzelne Industrie-

## Die kapitalistische Sucht nach Subventionen

Ein recht bedeutsames Urteil über die Einstellung des deutschen Unternehmertums zur gegenwärtigen Wirtschaftskrise sollte der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schaeffer. Er stellt fest, daß das ganze Streben der Unternehmer nur darauf gerichtet ist, hohe Profitquoten zu erzielen und sich auf der anderen Seite vor Uebernahme des kapitalistischen Risikos drücke. Das Urteil Dr. Schaeffers enthält so viel Wahrheiten, daß es sich lohnt, es wiederzugeben. Er sagte:

„Auf Unternehmerseite ist vieles geschehen, was geeignet war, den unmittelbaren Einfluß des Staates auf den natürlichen Ablauf der Wirtschaft zu steigern, und zwar meist dann, wenn man von diesem gesteigerten Einfluß einen Vorteil erhoffte. Die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung wird auch von ganzen Zweigen des Unternehmertums mißbraucht, sie entlasten ihre Selbstkosten dadurch, daß sie in geschickter Auslegung der gesetzlichen Vorschriften ihr Personal nur einen Teil des Jahres behalten und es die übrige Zeit auf Kosten der Arbeitslosenfürsorge durchfüttern lassen. Neben den mittelbar erlangten Vorteilen gehen die Forderungen zahlreicher Unternehmungen auf direkte Subventionen durch Reich, Staat und Gemeinden, meist unter Androhung von Stillegung und Arbeiterentlassungen im Fall der Nichtbewilligung dieser Subvention einher. In der gegenwärtigen Depression vergeht kaum eine Woche, und in mancher Woche kaum ein Tag, in dem nicht von einzelnen Gruppen oder einzelnen Territorien ein Wunsch nach staatlicher Unterstützung laut wird, der dann durch Landesregierungen und parlamentarische Parteien den nötigen Nachdruck erhält. Ein anderes, nicht weniger ernstes Entartungssystem auf der Seite der Unternehmerschaft ist der Zug zur Verdeckung und zur Ausschaltung des mit dem Wesen des Unternehmers unmittelbar verknüpften Eigenrisikos. Die Versuche, die eigenen Einkünfte von einem Mißerfolg des Unternehmens zu trennen, sind mannigfach. Die Vereinbarung eines festen, hohen Gehalts, das ohne Rücksicht auf die Erfolge des Unternehmens zu zahlen ist, einer garantierten Tantieme, die schließlich genau das gleiche ist wie festes Gehalt, eine Aufwandsentschädigung, die über den für die Zwecke des Unternehmens notwendigen Aufwand erheblich hinausgeht, aber auch die Feststellung einer Pension und einer Hinterbliebenenversorgung für die leitenden Angestellten sind Formen, das eigene Schicksal von denen des Unternehmers unabhängig zu machen."

Diesen Worten ist nichts hinzuzufügen. Es ist nicht überraschend, daß Dr. Schaeffer zu dem Schluß kommt, daß diese Maßnahmen die Wirtschaftskrise verschärfen und verlängern. Und das ist unbedingt richtig!

## Die Zukunftsaussichten für das Schuhmacherhandwerk

Wie an verschiedenen Plätzen beobachtet wird, macht das Schuhmachergewerbe anscheinend eine verschärfte Wandlung zur Technisierung durch. Dem Gewerbe sind bekanntlich in der Hauptsache (abgesehen von der erstklassigen Maßarbeit oder orthopädischen Arbeiten) nur noch die Reparaturarbeiten verblieben. Infolge besserer Anpassung der technischen Hilfsmittel hält die Maschine auch hier immer mehr ihren Einzug. Das Schuhmacherhandwerk alten Schlages, in dem ausschließlich Handarbeit üblich war, wird gleichzeitig von mehreren Seiten in die Zange genommen. Durch die Erzeugung von Fabrikware ist ihm die Neuarbeit verlorengegangen. Im eigenen Hause macht ihm die Berufsüberfüllung und Lehrlingszüchterei zu schaffen. Gelegentlich der seinerzeitigen Vernehmungen im Enquete-Ausschuß äußerte sich ein Schuhmachermeister über diese Verhältnisse wie folgt:

„Der Umschichtung im Schuhmacherhandwerk erklärt sich auch aus der enormen Ueberfüllung des Berufes. Die Zunahme der Betriebe ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die jungen Gesellen keine Beschäftigung als Arbeitnehmer finden. Bei den geringen Preisen, die wir heute erzielen, sind wir darauf angewiesen, uns auf das billigste einzurichten. Daraus ergibt sich, daß wir nur mit Lehrlingen arbeiten können. Die Lehrlinge müssen sich daher sofort nach der Prüfung selbständig machen, falls sie im Beruf bleiben wollen. Bei der letzten Prüfung . . . eröffneten von fünf Prüflingen, die den Gesellenbrief bekommen haben, vier sofort ein eigenes Geschäft."

Damit sind die ungesunden Konkurrenzbedingungen, denen die Innungen durch ein Abstoppen der Lehrlingshaltung hätten schon längst begegnen sollen, richtig gekennzeichnet. Und nun wird neuerdings die Konkurrenz noch weiter verschärft durch gesteigerte Anwendung der Maschine. An verschiedenen Plätzen kann die Beobachtung gemacht werden, daß sich die Reparaturarbeit mehr und mehr in mechanischen Beschlanstalten zusammendrängt. Der Schuhmachermeister, der mit dieser Konkurrenz zu rechnen hat, ist genötigt, ebenfalls sich neuer Maschinen zu bedienen.

Diese Vorgänge aus jüngster Zeit werden im Jahrbuch unseres Verbandes im Bericht für Nordwestdeutschland sehr gut beleuchtet. Da wohl auch an den übrigen Plätzen ähnliche Beobachtungen vorliegen, scheint es uns angebracht, diese Betrachtungen hier wiederzugeben. Sie lauten:

„Das Schuhmacherhandwerk und seine Entwicklung wurden im Vorjahre ausführlich besprochen. In der Zwischenzeit ist die technische Aufrüstung der Betriebe stetig fortgeschritten und es scheint, als ob auch hier Bata es ist, der die Technisierung des Handwerks beschleunigt. Bata hat in neuerer Zeit fast allen seinen Verkaufsstellen Reparaturbetriebe angegliedert. Als ein Meister der Reklame kündigt er an allen Plätzen geheimnisvoll an — vielfach noch ede überhaupt ein Hammerschlag in seinen Betrieben gefallen ist —, wie groß und leistungsfähig sein neuer Reparaturbetrieb werden wird, wie fachmännisch und billig er seine Kunden zu bedienen gedenkt. Es ist aber bei Bata wie bei der Henne, die, trotzdem sie ganz fürchterlich gackert, doch nur ein ganz normales Ei gelegt hat. Umfang und Leistungsfähigkeit seiner Betriebe halten sich durchaus im Rahmen des Üblichen und Normalen. Aber die Handwerksmeister, denen ja bekannt ist, daß Bata in seinem Heimatlande fast das ganze Schuhmacherhandwerk verschlungen hat, sehen in Bata den gefährlichsten Konkurrenten, der ihre Existenz bedroht. Um seiner Konkurrenz wenigstens einigermaßen standhalten zu können, wird technisch aufgerüstet und somit der Mechanisierungsprozeß beschleunigt.

Dadurch aber drängen die ebenfalls im vorjährigen Bericht besprochenen wirtspolitischen Probleme zu einer Lösung. Kurz vor Jahresschluß ist denn auch im Niedersächsischen Tarifgebiet eine Anpassung des Tarifvertrages an die durch die Mechanisierung der Betriebe veränderten Arbeitsmethoden erstmalig erfolgt. Neben den Gestehungszeiten für reine Handbetriebe wurden auch solche für Betriebe mit Hilfsmaschinen und ganz mechanische Betriebe vereinbart. Ob dieser Versuch, das Akkordproblem in den gemischten und rein mechanischen Betrieben auf der Grundlage der Gestehungszeiten zu lösen, sich bewähren wird, wird sich erweisen, wenn praktische Erfahrungen damit gemacht wurden. Aller Voraussicht nach aber bedeutet die jetzige Regelung gegenüber dem alten Zustande einen Fortschritt, ist mit ihr doch eine einheitliche Akkordgrundlage für alle Betriebe geschaffen.

Regelmäßig ist an dieser Stelle auch über die Arbeitslosigkeit unter den Schuhmachergehilfen berichtet worden. Wie nicht anders zu erwarten war, ist eine Besserung auf diesem Gebiete auch im Berichtsjahre nicht eingetreten. Noch immer muß von einer starken Uebersetzung des Handwerks gesprochen werden, denn selbst unter Berücksichtigung der schlechten Arbeitsmarktlage ist die Zahl der arbeitslosen Schuhmachergehilfen außerordentlich hoch.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Selbständigen im Handwerk — soweit es seinen Sitz im Landesarbeitsamtsbezirk „Nordmark" hat — um rund 150 auf 6950 gestiegen. Zweifellos wird diese Steigerung darauf zurückzuführen sein, daß Gehilfen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sich eine Existenz als Selbständiger gründen. Damit dürfte diese Erscheinung zu einem erheblichen Teile geklärt sein, denn es ergibt sich, daß die Zahl der beschäftigten Gehilfen im Handwerk nach unseren Feststellungen um rund 100, nämlich von rund 2000 auf rund 1900 sank. Daneben wurden arbeitslose Gehilfen in den Arbeitsmarktberichten des Landesarbeitsamtes „Nordmark" gemeldet:

| Jahr | Jan. | Febr. | März | April | Mai | Juni | Juli | Aug. | Sept. | Okt. | Nov. | Dez. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1929 | 902 | 1295 | 1179 | 914 | 747 | 698 | 567 | 543 | 513 | 525 | 606 | 715 |
| 1930 | 894 | 980 | 988 | 878 | 744 | 722 | 694 | 564 | 580 | 602 | 660 | 933 |

Während also im Durchschnitt des Berichtsjahres der ZVGB. 17,4 Prozent seiner Mitglieder als arbeitslos melden mußte und in der Schuhindustrie 21,1 Prozent der Arbeitnehmer arbeitslos waren, betrug die Arbeitslosigkeit unter den Schuhmachergehilfen im Bezirk des Landesarbeitsamtes „Nordmark" gut 40 Prozent! Es werden, bevor sich hier eine Entlastung bemerkbar macht, noch Jahre vergehen. Aus einer von der Schuhmachermanosinnung in Hamburg aufgenommenen Statistik ergibt sich, daß in Hamburg 44 Prozent aller Selbständigen über 60 Jahre alt sind. Wohl konnte, wenn das Verhältnis auch an den übrigen Orten nicht viel anders wäre, daraus geschlossen werden, daß ein erheblicher Teil der Selbständigen in absehbarer Zeit aus dem Berufe ausscheiden wird, aber diese noch und noch eintretende Entlastung wird reichlich aufgewogen durch die fortschreitende Mechanisierung der Betriebe, durch welche Arbeitskräfte in erheblichem Umfange freigesetzt werden. Noch wie vor sind demnach die Aussichten für die Gehilfen sehr trübe."

Zweit der Bericht. Auch im Handwerk tritt zu den bis jetzt vorhandenen Schwierigkeiten also eine neue, die verschärfte Mechanisierung auf den Plan. Grund genug für die Gehilfenschaft, ihre Position durch besseren Ausbau der Organisation zu stärken. Denn gerade diese neueste Entwicklung bringt neue Erfordernisse und Aufgaben hervor, die — soll eine Schädigung der Gehilfenschaft vermieden werden — nur durch die Kraft der Organisation einer Lösung entgegengeführt werden können.

kartelle und überhohte Preisbindungen in die Bruche gegangen sind, ist man nunmehr mit verstarkter Energie am Werk, durch neue, gefestigtere Bindungen bzw. durch Strafferen Ausbau der bereits bestehenden den Abbaukampf wieder zu beseitigen, die Preise heraufzusetzen oder zum mindesten zu stabilisieren. Die Depression ist immer ein guter Nährboden fur die Errichtung von Kartellen gewesen, die ein mitleidiger Nationalokonom als „Kinder der Not" bezeichnete.

In den letzten Monaten sind in Deutschland eine ganze Reihe neuer Kartellgrundungen erfolgt. Zu der **Textilindustrie** hat die Baumwollspinnerei eine planmaßige Produktionseinschrankung und Kontingentierung der Produktion vorgenommen, die 85 Prozent der vorhandenen Baumwollspindeln umfaßt. Auf einigen Spezialgebieten der **Baumwollindustrie,** so u. a. in den Spinnereien, die oft indische Baumwolle verarbeiten, sind auch Preisbindungen vorgenommen worden. Die deutsche **Kunstseideindustrie** hat sich gemeinsam mit den auslandischen Lieferanten des deutschen Kunstseidenmarktes über Produktionsquoten, Preisstellung, Einfuhrquoten verstandigt, und es ist beabsichtigt, sowohl fur die inlandische Produktion als auch fur die Einfuhrkontingente ein zentrales gemeinsames Verkaufssyndikat zu schaffen. Zu der **Zuteindustrie** ist eine neue Preis- und Produktionskonvention zustandegekommen. Aus der betrachtlichen Zahl der sonst noch erfolgten Kartellneuerungen und Kartellneugründungen sei nur erwahnt das neue **Stickstoffsyndikat,** die restlose Syndizierung aller westdeutschen **Portlandzementfabriken** im Westdeutschen Zement Verband, die Verlangerung des **Holzschraubenverbandes** gleich auf neun Jahre, die neue **Benzinkonvention,** die jetzt unter dem Namen „Vereinigung der Betriebsstoffirmen" auch nach außen hin als Kartell sichtbar in Erscheinung tritt, ferner die neu gegrundeten Syndikate fur **Hohlglas, Blechwaren und Gußemaille** sowie spezialisierte Syndikate fur **Draht.**

Bezeichnend ist nun, daß man sich immer haufiger des Mittels des Aufkaufs der Außenseiter, wie er im großen Stile von der Schwerindustrie bei der letzten Kartellerneuerung vorgenommen wurde, bedient. So hat z. B. das Blechwarensyndikat funf Unternehmungen aufgekauft. Das gleiche Mittel wird jetzt angewandt bei der Vorbereitung von Kartellneugrundungen fur die Kleineisenindustrie. Charakteristisch ist ferner die immer straffere Ausgestaltung der kartellmaßigen Bindungen sowie die haufig langfristige Terminierung der Kartellvertrage. So wurde der Holzschraubenverband auf neun Jahre erneuert, das neugegrundete Blechwarensyndikat wurde gleich auf zehn Jahre erstreckt. Man sieht also, daß die Fortentwicklung der Organisierung der Wirtschaft nicht durch die Krise gehemmt, sondern eher noch verstarkt wird.

Sehr bedeutlich ist es nun, daß die meisten dieser neu entstandenen Kartelle keine volle Vereinigung in den übersetzten Produktionszweigen bringen, daß sie es vielmehr als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, sei es auch um den Preis starkster Produktionseinschrankungen, die Preise wieder heraufzusetzen. So sind, um nur ein paar Beispiele zu erwahnen, nach Neugründung der Kartelle die deutschen Inlandspreise fur Kunstseide bis zu 20 Prozent, fur Blechwaren um 15–20 Prozent, fur Gußemaille um 10 Prozent, fur Lackdraht um 14 Prozent heraufgesetzt worden. Die Benzinkonvention erhohte die Kapitellenpreise von 26 Rpf. auf 29 Rpf. in Berlin und plant noch eine weitere Erhohung.

Man konnte es als gegeben hinnehmen auf dem Gebiete der Produktion, daß man es in den Kartellen als mit einer zwangslaufigen Entwicklungstendenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu tun hat. Die organisierte Regelung des Ablaufes dagegen wird zwangslaufig immer wieder zu Mißgriffen, zu einer schadlichen Beeinflussung der Preispolitik gelangen.

Auf produktionspolitischem Gebiet müßte derartigen Neuorganisationen von Kartellen einmal eine wirkliche Sanierung der Industrien vorangehen, d. h. es müßten die nicht mehr leistungsfahigen Betriebe voll zur Ausschaltung kommen und in übersetzten Industriezweigen mußten die notwendigen Kapitalabschreibungen und Kapitalzusammenlegungen vorgenommen werden. Bei den deutschen Kartellneugrundungen faßt man aber dagegen im wesentlichen alles beim alten. Man mergt nicht die unrentablen Grenzbetriebe aus, bzw. man bringt sie nicht technisch auf die gleiche Hohe, sondern kauft sie auf, d. h. belastet die anderen Produzenten mit unproduktiven Rentenzahlungen, oder man schleppt sie in den neuen Kartellen weiter und nimmt viel zu hohe Produktionskosten der ruckstandig gebliebenen Betriebe zum Ausgangspunkt der Preisstellung u. a. m.

Um den **Preisabbau** ist es in der deutschen Wirtschaftspolitik wahrend der letzten Monate sehr still geworden. Wir horen im wesentlichen von Abbau nur noch bei den Löhnen und den sozialen Leistungen, dagegen bei den Preisen, insbesondere bei den Lebensmitteln, viel mehr von Erhohungen als von Senkungen. Wir glauben, daß in den monopolistischen Industrien noch immer im breiter Spielraum: fur die Herabdrückung der Preise gegeben ist. Das gilt nach wie vor insbesondere fur Eisen, die meisten chemischen Erzeugnisse und zahlreiche andere Monopolwaren.

Hier ware es dringend an der Zeit, daß die amtlichen Regierungsstellen auf Grund ihrer Vollmachten eingreifen und durch **Anpassung der Preise an die veranderten Marktverhaltnisse** und das internationale Preisniveau die Ueberwindung der Krise erleichtern. Unter allen Umstanden aber müssen sie willkurliche übermaßige Preisheraufsetzungen, wie sie jetzt bei den geschilderten Kartellneugründungen an der Tagesordnung sind, wieder rückgangig machen und durch ein entschiedenes Vorgehen einer derartigen kurzsichtigen, krisenverscharfenden Kartellpolitik vorbeugen.

Freilich bedarf es zur ausreichenden Ueberwachung der monopolistischen Organisationen eines Ausbaues der **Monopolkontrolle,** vor allem der Errichtung eines mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Kartellamts, wie es langest von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei gefordert wird.

## Die Kreditverteuerung seit dem Nazi-Wahlsieg

Die kurzfristigen und die langfristigen Kredite waren in Deutschland in der Nachkriegszeit stets teurer als in den Ländern mit Kapitaluberschussen, die, wenn sie ihre Kapitalien Deutschland ausleihen, dafür einen stark erhohten Zinssatz, der eine Risikopramie mitenthalt, berechnen. Der Abstand zwischen den Zinsen des auslandischen Geld- und Kapitalmarktes von den deutschen war jedoch unter der Einwirkung der Weltwirtschaftskrise mit ihrer großen Geldflussigkeit im Jahr 1930 geringer geworden. Im zweiten Vierteljahr 1930 waren durchschnittlich die Sätze des kurzfristigen Auslandsgeldes in Deutschland nur noch um 84 Prozent hoher als im Ausland. Die durchschnittliche Zinsbelastung Deutschlands betrug zu dieser Zeit für kurzfristige Darlehen 4,91 Prozent gegenüber 2,67 Prozent im Ausland.

Im Ausland selbst war zu dieser Zeit das Geld am billigsten in der Schweiz, 1,79 Prozent, Neuyork 1,82 Prozent, wahrend es in Paris 2,62 Prozent, in London 2,59 Prozent und in Amsterdam 2,40 Prozent kostete. Als Folge der politischen Unsicherheit nach den **Septemberwahlen** wurden die Zinssatze, die im Ausland infolge der anhaltenden Geldflussigkeit weiter stark zuruckgingen, in Deutschland noch weiter stark erhöht, so daß der Abstand der deutschen Geldmarktsatze von den auslandischen sehr stark anstieg.

Im Juni des laufenden Jahres kostete z. B. kurzfristiges Auslandsgeld in Deutschland durchschnittlich 6,84 Prozent, im Ausland 1,45 Prozent, das ist das 4,7fache der auslandischen Zinssatze.

Auch auf dem Kapitalmarkt für langfristige Anlagen ist eine ahnliche ungunstige Entwicklung zu beobachten. Langfristiges Kapital kostete in Deutschland im zweiten Vierteljahr 1930 1,7mal so viel wie im Ausland, wahrend im Juni des laufenden Jahres langfristiges Kapital in Deutschland den Schuldnern doppelt so teuer kam wie im Ausland. Da sich aber das kurzfristige Kapital in Deutschland seit den Septemberwahlen in einem viel starkeren Umfang verteuerte als das langfristige und so sich der Abstand zwischen den Zinssatzen auf dem Geldmarkt und auf dem Kapitalmarkt verringerte, wurde die ansonst gehemmte Abwanderung kurzfristigen Geldes auf den Kapitalmarkt stark erschwert. Wahrend in Frankreich die Kapitalmarktzinsen das dreieinhalbfache, in anderen Ländern das zweieinhalbfache der Geldmarktzinsen ausmachen, war in Deutschland kurzfristiges Geld im Juni 1931 nur 31,6 Prozent billiger als langfristiges Kapital. Im August 1930 betrug der Abstand noch 203 Prozent. Diese dem Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft entnommenen Angaben spiegeln die Verwüstungen der Septemberwahlen auf dem Gebiet der Kapitalversorgung wider.

## Führerwechsel im Unternehmerlager

Im Reichsverband der Deutschen Industrie steht ein Wechsel in der Führung bevor. Der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisberg, will sein Amt niederlegen. An seine Stelle soll Herr Krupp von Bohlen und Halbach treten. Dieser Führerwechsel im Reichsverband ist etwas mehr als ein Wechsel der Persönlichkeiten. In der Vorkriegszeit war es selbstverstandlich, daß die Schwerindustrie die ersten Posten in den zentralen Organisationen des Unternehmertums besetzt hielt. Das ist nach dem Kriege anders geworden. Allgemein wurde die großere Bedeutung der Fertigindustrie und der chemischen Industrie erkannt. Deshalb rückten auch die Vertreter derselben in die Leitung der Großorganisationen vor.

Durch den Wechsel im Reichsverband scheint eine Aenderung des Systems einzutreten. Ein Vertreter der Schwerindustrie tritt wieder an die Spitze dieser mächtigsten Organisation der Industrie. Die Arbeiterschaft hat damit zu rechnen, daß die Männer der scharferen Tonart bei den Unternehmern wiederum das Heft in die Hand bekommen, was auf die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nicht ohne Einfluß bleiben wird. Unserseits haben wir dafur zu sorgen, daß wir einem eventuellen Tendenzumschwung in den Unternehmerorganisationen mit einem großeren Widerstand begegnen können.

## Die Fertigindustrie für Zollabbau

Das Leipziger Messeamt hat in Verbindung mit dem Institut für Konjunkturforschung an viele Firmen, die auf der Frühjahrsmesse ausgestellt hatten, eine wichtige Frage gerichtet. Die Antworten hierauf sind sehr lehrreich. Es wurde gefragt: „Würden Sie in einem etwaigen Wegfall der Zölle aller europäischen Länder (einschließlich Deutschland) einen Schaden oder Nutzen fur Ihr Geschäft sehen?" Das Ergebnis dieser Rundfrage war überraschend. Genau 95 Prozent aller Firmen sprachen sich für die Beseitigung der kontinentalen Zollmauer, mithin für eine europäische Zollunion aus.

Innerhalb der Produktionsgüterindustrie (Maschinen, Eisenwaren, Elektrotechnik, Bau- und Bürobedarf, Verpackung und Reklame) stimmten sogar 97 Prozent von 1772 befragten Firmen für einen Abbau der Zölle. Ein gleiches Ergebnis

## Merkwürdiges von der Stahlhelm-Selbsthilfe

Die Mitglieder in dem Kriegerverein „Stahlhelm" sucht man dadurch zu fesseln, daß man ihnen erklärt, ihre Beiträge bleiben ihr „Soziales Spareigentum". Aber das ist ein vollendeter Betrug. Kommt ein Mitglied zur Besinnung und organisiert sich freigewerkschaftlich, so wird es satzungsgemäß (§ 3) ausgeschlossen und erhalt von seinen Ersparnissen keinen Pfennig. Wird diese „Gewerkschaft" aufgelöst, so beschließt der von Seldte und Düsterberg bestimmte Vorstand, wie die Arbeitergroschen verwendet werden sollen (§ 13).

Jedes Mitglied kann wöchentlich 50 Pfennig oder 1,50 RM sparen. Die ersten zehn Jahre erhalt es davon überhaupt nichts. Nach zehn Jahren erhalt der Sparer von seinen 780 Reichsmark nur 156 RM. Nach 20 Jahren von seinen 1560 Reichsmark nur 468 RM, nach 30 Jahren von seinen 2340 Reichsmark nur 1170 RM. Erst nach 35 Jahren darf der Sparer über sein „Eigentum" verfügen. Zinsen, die jede Sparkasse zahlt, steckt der Stahlhelm lieber selbst ein.

Die Stahlhelmer kommen übrigens kaum in die Verlegenheit, daß die Stahlhelm-Arbeiter Ersparnisse machen können. Immer wieder werden die Stahlhelm-Arbeiter ermahnt, zu jedem Elendslohn zu arbeiten, damit sie „dahin kommen, von jedem Arbeitgeber gern genommen zu werden als Stahlhelmer" (Stahlhelm-Handbuch).

Diese Stahlhelm-Selbsthilfe bietet sich gewissermaßen als Gewerkschafts-Ersatz an. Die Einrichtung ist aber keine Gewerkschaft, hochstens eine gelbe in neuer Auflage. Denn in § 1 ihrer Satzung vom 15. April 1929 erklarte sie noch als ihre Aufgabe: „Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder." Dieser Satz ist aber in der neuen Satzung vom 2. Februar 1930 gestrichen worden.

Ein aufrichtiger und mit Uberlegung handelnder Arbeiter wird sich unter Stahlhelmleuten, die ihren Kotau vor den ehemaligen Prinzen machen, so wie so nicht wohl fühlen.

### Die Voraussetzungen des Kampfes

*Die Arbeiterschaft fällt in ihrem Kampf uns Dasein nur in die Waagschale, wenn Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.* K. Marx

## Der arbeitslose Prolet

Ich bin ein Arbeitsloser. Ein Ausgestoßener. Zu dem großen Haufen, der da in der Ecke liegt, auf dem ein verstaubtes, schlechtes Schild sich mühsam entziffern läßt: „Reserve!"; zu diesem Haufen haben sie mich gedrangt! Und jetzt bin ich die Nummer soundso der Reservearmee. Dafur bekomme ich Sold. Viel ist es nicht. Aber es reicht gerade hin, den nötigen Hunger zu stillen. Man nimmt es hin, wortlos, gleichgultig. Als müßte es so sein.

Verstucht, daß sie uns das geben! Wir wollen ja keine Almosen! — Aber, wovon sollten wir denn sonst leben? Von unserer Hande Arbeit? Ja, natürlich! Aber, wer will denn unsere Arbeit? Wer??? Weißt du es? Niemand will uns! Verschlossen Turen überall. Wir wollen uns aufbäumen. Wir wollen protestieren, wir wollen uns wehren, wir wollen — — —, alles ist vergebens. Wie ein furchtbares Echo klingt es uns in die Ohren: „Die Verhaltnisse, mein Freund, die schlechten wirtschaftlichen Verhaltnisse!", so kichert es mit Fistelstimme.

Ohnmachtig steht du deinem Schicksal gegenüber. Fühlst es wie Blei auf dir lasten. — Weißt du, was das heißt, arbeitslos? Ausgeschlossen sein, in die Ecke gestellt, voller Kraft, voller Drang! Langsam wirst du ruhiger, „vernunftiger", verlernst das Denken, und glaubst an die Unabwendbarkeit deines Geschickes. Ganz anders erscheint dir jetzt die Welt. Still, einsitbig, langweilig. Wie ein großes Gefangnis. Die Menschen drinnen sind alle so ahnlich gekleidet. Abgeschabt und grau. Alle haben die gleichen müden Gesichter. Eine sonderbare Stille herrscht in dieser Welt der Ausgestoßenen. Stille, wie in einer Totenhalle. Aber wie in einer fur Scheintote. Selten nur wird diese Ruhe gestort. Wenn ein „Neuer" zu unserer Reservearmee gestoßen wird, dann nur. Wenn er zu protestieren wagt, wenn er glaubt, sich auflehnen zu müssen gegen diese heilige Ordnung. Tolch ein Narr. Wir lachen da alle still vor uns hinein, wir kennen das schon. Wenn er lange genug bei uns ist, wird er auch noch ruhig werden. Ganz ruhig. Wie wir es auch wurden. Wir sagen das nicht. Wir denken das nur, wir alle. Wozu noch reden? Es könnte nur unsere Stille durchbrechen. Und dann hatte es auch gar keinen Zweck, das wissen wir. Es berührt uns gar nicht, wenn so ein „Neuer" ankommt und seiner Unlust in lauten Worten Ausdruck gibt. Es ist doch zu verstehen, daß solch einer sich mal vergißt. — — — Wie? Was sagte ich? Vergißt?! — Ja, wer vergißt sich? Wir oder der „Neue"? Hat er nicht recht, wenn er protestiert???

Haben wir nicht alle vergessen, daß wir Menschen sind, junge, hoffnungsfreudige Menschen? Hat man uns nicht ausgeschlossen aus der Gesellschaft der übrigen Menschen, und zusammengepfercht hier in dieser „Reservearmee", im Heer der Arbeitslosen? Und ist diese nicht die Tochter des Wahnsinns? Hat er deshalb nicht recht, wenn er sich wehrt? Vielleicht hatte er Plane, Zukunftsträume? Genau wie wir. Baute Luftschlösser und dachte an Glück. Vielleicht dachte er gar daran, sich einmal ein eigenes Heim zu schaffen, dachte vielleicht an Weib und Kind? Dahin sind alle stolzen Plane. Dahin ist alle Hoffnung. Versunken ist alles in dem elenden Grau, das uns umgibt. Das sich in unseren Gliedern, die schlapp werden, festfrißt. Das sich in unsere Gehirne einschleicht und uns still und bedürfnislos macht. Das sich in unseren Gesichtern einpragt, die fahl und müde werden.

Wie ein Nebelschleier liegt es auf unseren Augen. Die Sonne scheint blasser als in früheren Jahren. Der Himmel leuchtet nicht mehr so festlich blau, wie vordem im Fruhling. Alles ist gedampft. Sogar der Mond und die Sterne glanzen nicht mehr so hell am nachtlichen Himmel. Ueberall kriecht es hin, dieses graue, tötende Gift. Um uns herum vergeht die Zeit. Nein, wir vergehen. Unser Haar beginnt sich zu verfarben. — Grau! — Schon wieder dieses elende Grau, das uns alt macht. Und dabei waren wir kaum jung! Wir wollten doch gerade erst beginnen zu leben. Da kam es. Das Schicksal. Die unentrinnbare Macht. Der spitze Hohn des Echos klingt noch nach in unseren Ohren. „Die Verhaltnisse, mein Freund, die schlechten wirtschaftlichen Verhaltnisse!" Und wie es dann weiter kicherte: „Hihihihi, nur die Arbeit kann uns retten, mein Freund! Nur die Arbeit!" Noch einmal raffen wir uns zusammen. Wir wollen desertieren aus der Armee des grauen Wahnsinns. Wir wollen fliehen. Aber wie in einem bösen Traum versagen unsere Glieder. Wir rufen. Wir schreien. — Doch, was ist das? Erschrocken halten wir inne. „Ist das unsere Stimme?" Der graue, furchtbare Nebel um uns dampft sie, verandert ihren Klang. Es hilft uns nichts mehr. Wir gehen es auf, uns zu wehren. Wir leben weiter wie im Traum. Wir traumen weiter im Leben. Nacht ist um uns. Tiefe, finstere Nacht.

(H. Schuster in der „Ironie".)

wurde bei den Herstellern von Luxus- und Kulturbedarf erzielt. Unter den Herstellern von Musikinstrumenten, Leder- und Schmuckwaren sowie Süßwaren stimmte keine einzige Firma für die Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsystems. Es klang allgemein der Gedanke durch, daß Deutschland auf die Dauer nichts zu fürchten hat, wenn die Zollmauern abgetragen werden und die natürliche Arbeitsteilung unter den Industrieländern Europas wiederhergestellt wird.

Die Erhebung des Leipziger Messeamts sollte bei Zollkämpfen beachtet werden. Die einzelne Firma hat durchaus nicht das Interesse an erhöhten Zollmauern, wie es in den Kundgebungen der Industrieverbände zum Ausdruck kommt.

## Arbeitslosenversicherung

### Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr erreichen.

Arbeitslosenunterstützung bei Erreichung der Altersgrenze.

1. Vorbehaltlich der Entscheidung im Rechtszuge bin ich der Auffassung, daß Arbeitslose, deren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wegen Nichterreichung der Altersgrenze nach § 87 Abs. 2 AVAVG. abgelehnt worden ist, Arbeitslosenunterstützung erhalten können, wenn sie das 18. bzw. nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931) 21. Lebensjahr vollendet haben. Die frühere Ablehnung des Anspruchs steht nicht entgegen, da sich im Tatbestand eine wesentliche Änderung vollzogen hat. Notwendig erscheint jedoch in allen Fällen eine neue Arbeitslosmeldung sowie ein neuer Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Die dem Unterstützungsbeginn vorausgehende Wartezeit dürfte aus den Gründen, die Anlaß zu den grundsätzlichen Entscheidungen des Spruchsenats Nr. 3330 und Nr. 3476 (Reichsarbeitsbl. 1929 S. IV 27 und 278) gegeben haben, wohl schon vor der Vollendung des (16. bzw. 21. Lebensjahres durch eine Arbeitslosmeldung in Lauf gesetzt werden können, vorausgesetzt, daß die Meldevorschriften erfüllt sind (§ 110a Abs. 2 AVAVG.); doch muß auch die Entscheidung dieser Frage dem Spruchverfahren der Arbeitslosenversicherung vorbehalten bleiben.

2. Da nach der Grundsätzlichen Entscheidung des Spruchsenats Nr. 3783 (Reichsarbeitsbl. 1930 S. IV 205) der Antrag auf Gewährung der Krisenunterstützung nicht unmittelbar nach der Erschöpfung des Anspruchs auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung gestellt zu werden braucht, muß das in Abl. 1 Ausgeführte auch für die Bewilligung der Krisenunterstützung gelten, wenn der Arbeitslose die in § 4c des Erlasses vom 11. Oktober 1930 vorgesehene Altersgrenze von 21 Jahren erreicht. Die Gewährung der Krisenunterstützung ist hier jedoch noch davon abhängig, daß die Aussteuerung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung nicht vor dem 3. November 1930 erfolgte (VI des Erlasses) und daß die Berufsgruppe und der Bezirk des Arbeitslosen zu dem Zeitpunkt, an dem die Krisenunterstützung beginnen soll, noch zur Krisenfürsorge zugelassen ist.

(Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung III 1898/31.)

## Was man bei der Durchführung eines Arbeitslosenstreites zu beachten hat

Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß gemäß § 178 AVAVG. gegen Entscheidungen des Vorsitzenden des Arbeitsamts beim Spruchausschuß des Arbeitsamts Einspruch erhoben werden kann.

In welcher Form die Entscheidung zu erfolgen hat, sagt das Gesetz nicht. Sie kann sowohl mündlich als auch schriftlich erfolgen.

Die Einspruchsfrist beginnt nach § 178 Abs. 2 mit der Bekanntgabe entweder der mündlichen oder schriftlichen Entscheidung und beträgt zwei Wochen. Zu bemerken ist hier, daß die Frist nicht mit dem Tage der Bekanntmachung zu laufen beginnt, sondern gemäß § 124 ABO. in Verbindung mit § 199 AVAVG. mit dem auf die Bekanntgabe der Entscheidung folgenden Tage. Erfolgte die Bekanntgabe am Mittwoch, so läuft die Frist mit dem Donnerstag.

Es ist festzuhalten: Erfolgte die Bekanntmachung der Entscheidung durch mündliche Mitteilung, so beginnt die Frist mit dem Tage, die der mündlichen Mitteilung folgt.

(Fortsetzung nächste Spalte.)

Der Arbeitslose darf also die Zeit nicht mit dem Warten auf einen schriftlichen Bescheid hingehen lassen, wenn ihm ein solcher bereits mündlich erteilt worden ist.

Erfolgte keine mündliche Mitteilung, so beginnt bei Zustellung der schriftlichen Entscheidung die Frist ebenfalls mit dem Tage, der auf die schriftliche Zustellung folgt.

Folgte auf die mündliche Mitteilung der Entscheidung auch noch eine schriftliche Zustellung der Entscheidung, so beginnt in diesem Falle die Einspruchsfrist erst mit demjenigen Tage, der auf den schriftlichen Zustellungstag folgt.

Die 14tägige Einspruchsfrist beginnt aber nicht zu laufen, bevor nicht der Arbeitslose über das Recht des Einspruchs sowie über die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, belehrt wurde. Wurde bei der mündlichen Bekanntgabe oder schriftlichen Zustellung der Entscheidung diese Belehrung nicht vorgenommen, so gilt die Entscheidung so lang nicht als zugestellt, bis sie vorgenommen worden ist.

Eine bestimmte Form des Einspruchs ist nicht vorgeschrieben. Er kann mündlich wie schriftlich erhoben werden. Zweckmäßig ist es jedoch, ihn schriftlich einzulegen.

Nach § 180 AVAVG. kann unter bestimmten Voraussetzungen gegen die Entscheidung des Spruchausschusses Berufung an die Spruchkammer eingelegt werden.

Ist die Berufung möglich, so wird die Berufung nur wirksam, wenn sie innerhalb der zulässigen Frist eingelegt worden ist. Die Berufungsfrist beträgt wiederum 14 Tage und läuft, wenn die Verkündung der Entscheidung in Gegenwart des Arbeitslosen erfolgt ist, mit dem nächsten Tag der Bekanntgabe bzw. sie beginnt, wenn eine nachträgliche Zustellung des Urteils der Spruchkammer erfolgt, erst mit demjenigen Tage, der auf den Zustellungstag folgt. Man tut daher gut, stets nach der mündlichen Bekanntgabe der Entscheidung Berufung einzulegen. Auf diese Weise bleibt die Frist gewahrt.

Die Belehrungspflicht über das Recht zur Einlegung der Berufung sowie die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, besteht auch für die Instanz des Spruchausschusses in vollem Umfange und die Berufungsfrist wird auch hier erst durch die erfolgte Rechtsmittelbelehrung in Lauf gesetzt.

Die Berufung ist schriftlich anzubringen.

Einspruch und Berufung ist an sich beim Spruchausschuß des Arbeitsamtes bzw. bei der Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung beim Oberversicherungsamt einzulegen. Der Einspruch gilt, ebenso wie die Berufung auch dann als rechtzeitig eingelegt, wenn das Rechtsmittel innerhalb der vorgesehenen Frist bei irgendeiner inländischen Behörde eingegangen ist. Wird vom Rechtsmittel in letzter Minute Gebrauch gemacht, so daß der Einspruch oder die Berufung an die zuständige Körperschaft nicht mehr zu Fristablauf gelangen kann, dann kann das Rechtsmittel bei der zuerst erreichbaren Behörde, z. B. bei der Polizeistation, abgegeben werden.

Demokritus.

# Arbeiterinnen-Rundschau

## Wo sind verheiratete Lohnarbeiterinnen beschäftigt?

Als Lohnarbeiterinnen ermittelte die amtliche Berufsstatistik im Juni 1925 rund 708 000 Arbeiterinnen. Sie verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt:

| | insgesamt | in v. H. aller Beschäftigten |
|---|---|---|
| Land- und Forstwirtschaft | 219 000 | 20,8 |
| Industrie und Handwerk | 420 000 | 21,4 |
| Davon: | | |
| Industrie der Steine und Erden | 19 000 | 23,5 |
| Metallwaren-, Maschinen-, elektrische, feinmechanische Industrie | 55 000 | 21,9 |
| Spinnstoffgewerbe | 159 000 | 28,6 |
| Papierindustrie | 28 000 | 19,4 |
| Holz- und Schnitzstoffgewerbe | 12 000 | 21,8 |
| Nahrungs- und Genußmittelgewerbe | 54 000 | 24,0 |
| Bekleidungsgewerbe | 64 000 | 12,9 |
| Handel und Verkehr | 38 000 | 14,4 |
| Verwaltung, freie Berufe | 9 000 | 20,9 |
| Gesundheitswesen | 6 000 | 6,9 |
| Häusliche Dienste, Lohnarbeit wechselnder Art | 15 000 | 6,1 |

## Die alte traurige Erfahrung

### Die meisten Nichtwähler sind Arbeiter.

In Freital in Sachsen ist eine amtliche Feststellung über die Berufe der Nichtwähler vorgenommen worden. Es zeigt sich zunächst, daß 1156 Männer und 1592 Frauen ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Die Berufe der Männer verteilen sich folgendermaßen:

38 Handwerksmeister, Werkmeister, Ingenieure, Techniker;
43 Pensionäre, Rentner;
56 Angehörige freier Berufe, Händler, Landwirte;
141 kaufmännische Angestellte, Beamte, Lehrer;
236 Angehörige gelernter Berufe: Former, Bäcker, Tischler, Schmiede, Schlosser, Klempner, Kraftwagenführer, Zimmerer, Maurer, Zeichner, Schneider, Mechaniker, Maschinisten, Monteure;
642 Arbeiter einschließlich Bergarbeiter.

Die Berufe der Frauen verteilen sich in folgender Weise:
27 ohne Beruf;
22 Schneiderinnen, Friseusen;
44 Kontoristinnen, Stenotypistinnen, Verkäuferinnen;
146 Stützen, Hausmädchen, Dienstmädchen, Aufwarterinnen;
192 Witwen;
291 Arbeiterinnen;
870 Ehefrauen.

Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Sie zeigen erneut, wie viel Aufklärungsarbeit noch von uns geleistet werden muß, um alle die aufzurütteln, die ihrer sozialen Lage nach zu uns gehören.

## „Gott sei Dank!"

Als in einer der ersten Sitzungen des neuen Deutschen Reichstages ein Zentrumsabgeordneter feststellte, daß **die Nationalsozialisten keine Frau in ihrer Fraktion** hatten, brüllte die ganze Gesellschaft im Chor: **Gott sei Dank!**

Und wie viele Frauen haben diese Sorte Vertreter von Fraueninteressen gewählt?

## Die Frau in den Gewerkschaften

Trotz nervenaufpeitschender Maschinenarbeit und des durch die Maschine bedingten mörderischen Tempos ist die erwerbstätige Frau von heute mehr als ehemals auf den Verdienst angewiesen. Auch sie muß unter den härtesten Bedingungen ihren Kampf um das tägliche Brot führen und ihr kann es demzufolge nicht gleichgültig sein, wie es um ihre Lage bestellt ist. In solidarischer Verbundenheit betrachtet der männliche Arbeitsgenosse seine Mitkollegin als Weggefährtin, die gleiches Schicksal an den gleichen Arbeitsplatz gebannt hat. In der Gewerkschaft findet dieser Zusammenhalt sichtbaren Ausdruck der Gleichberechtigung. Sie erst ist es ja gewesen, die der Frau die Möglichkeit der gewerkschaftlichen

---

Jack London

# Die Insel Berande

Copyright 1931 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61

(5. Fortsetzung)

Scheldon nickte, sah aber nicht auf. So nahe ihm Hughie Drummond auch gestanden hatte, sein Tod und das sich daraus ergebende Begräbnis schienen ihm eine unerträgliche Last aufzubürden, zu dieser, unter der er bereits zusammenbrach. Er hatte das Gefühl — nein, die Gewißheit —, daß er nur die Augen schließen und alles gehen lassen sollte, wie es wollte, und daß er dann sterben, in einer Unermeßlichkeit von Ruhe versinken dürfte. Er wußte, daß es so war. Es war sehr einfach. Er brauchte nur die Augen zu schließen; denn er war jetzt so weit, daß er nur noch durch seinen Willen lebte. Sein ausgezehrter Körper schien von der aufsteigenden Angst vor der Auflösung zerrissen. Er war ein Narr, daß er sich ans Leben klammerte. Zwanzig Tode war er schon gestorben, und welchen Zweck hatte es, das Leben nochmals um zwanzig Tode zu verlängern, ehe er wirklich starb. Er hatte nicht mir keine Furcht vor dem Tode, er wünschte ihn herbei. Sein zermarterter Körper und sein Geist wünschten es, und warum sollte seine Lebensflamme nicht ganz erlöschen? Aber sein Wille, der Leben und Tod meisterte, war noch wach. Er sah die beiden Boote am Strande landen und sah die Kranken auf Tragbahren oder Huckepack in trauriger Prozession vorbeiziehen. Er sah die Anzeichen des aufsteigenden Windes am bewölkten Horizont und dachte an die Kranken im Hospital. Hier wartete seiner etwas, das geschafft werden mußte, und es lag nicht in seiner Natur, sich schlafen zu legen, oder zu sterben, wenn es noch eine Aufgabe zu erfüllen galt.

Die Aufseher wurden gerufen und erhielten den Befehl, das Hospital mit den beiden Anbauten festzulaschen. Er erinnerte sich der Reserveankerkette, die, neu gestrichen, unter den Deckenbalken des Hauses aufgehängt war, und befahl, sie gleichfalls beim Hospitalbau zu verwenden. Der Sarg wurde gebracht, grotesk aus Kistenholz zusammengezimmert, und nach seiner Anweisung wurde Hughie Drummond hineingelegt. Ein halbes Dutzend Leute trugen ihn zum Strand hinunter, und er ritt auf den Schultern eines Schwarzen, die Arme um seinen Hals geklammert, ein Gebetbuch in der Hand, hinterher.

Während er das Gebet las, starrten die Schwarzen furchtsam auf die schwarze Linie, über der die Wolken, sich überstürzend, dahersagten. Als er die Andacht beendet hatte, weilte der erste Hauch, schwach, zärtlich und erfrischend durch seinen ausgedörrten Körper. Während dann die Schaufeln schnell das Grab mit Sand füllten, kam der zweite Windstoß. So heftig war er, daß Scheldon, der noch auf dem Boden stand, sich, um nicht fortgeweht zu werden, an seinem Träger klammerte. Die Jessie war nicht mehr zu sehen, und ein merkwürdiges, unheilverkündendes Geräusch erhob sich, während Unmengen kleiner Wellen schäumend auf den Strand rollten. Es war wie das Aufwallen eines mächtigen Kessels. Ueberall her ertönte das dumpfe Geräusch fallender Kokosnüsse. Die hohen zierlichen Stämme wanden sich und klatschten wie Peitschenschläge. Die Luft schien angefüllt mit ihren fliegenden Wedeln, deren jeder mit seiner Schneide den Kopf eines Mannes hatte zerschmettern können. Dann kam der Regen; eine Sintflut, eine horizontale Masse, die, allen Gesetzen der Schwere hohnsprechend, wie ein Strom dahinschoß. Der Schwarze, auf dem Scheldon ritt, stürzte sich mitten in das Unwetter hinein, indem er sich weit vorbeugte, um nicht rücklings niedergeworfen zu werden.

„Er kann sich heute nacht ausschlafen", fuhr es Scheldon durch den Kopf, als er an den toten Mann im Sande und an das auf den kalten Lehm rieselnde Regenwasser dachte.

So kämpften sie sich den Strand hinauf. Die andern Schwarzen packten seinen Träger und schleiften, zerrten ihn vorwärts. Manche von ihnen hatten nichts lieber getan, als den Reiter in den Sand zu werfen, auf ihn zu springen und ihn zu einem widerlichen Nichts zu zerstampfen. Aber die automatische Pistole mit ihrem schnell rotierenden Tod in seinem Gürtel und der automatische, todesverachtende Geist in dem Manne selbst hielten sie zurück und trieben sie, ihn mit Aufgebot ihrer ganzen Kräfte durch den Sturm in Sicherheit zu bringen.

Durchnäßt und erschöpft, wie er war, mußte er sich über die Leichtigkeit wundern, mit der er die Kleider wechseln konnte. Obwohl er furchtbar schwach war, fühlte er sich doch tatsächlich besser. Die Krankheit hatte ausgetobt, und die Genesung begann.

„Jetzt nur kein Fieber", sagte er laut und entschloß sich im selben Augenblick, zum Chinin überzugehen, sobald er stark genug war, es wagen zu können.

Er kroch auf die Veranda. Der Regen hatte aufgehört, aber der Wind war schon zum halben Sturm geworden und wuchs immer noch. Die See tobte, und meilenlange Brecher überstürzten sich zweihundert Meter vor dem Strande und krachten auf den Sand. Die Jessie, die jetzt wieder zu sehen war, stampfte wild vor zwei Ankern, und jede zweite oder dritte See brach über ihren Bug hinweg. Zwei Flaggen flatterten steif an der Flaggleine, wie Vierecke aus biegsamem Eisenblech. Die eine war blau, die andere rot. Er kannte ihre Bedeutung aus dem Privatcode von Berande: „Was wünschen Sie? Soll ich versuchen, ein Boot zu landen?" An der Wand, zwischen Flaggenmast und Billardregeln, hing der Code, mit dessen Hilfe er das Signal entziffert hatte und jetzt antwortete. An der Gaffel des Flaggenmastes hing eine weiße Flagge über einer roten hoch, was bedeutete: „Gehen Sie in Schutz der Realinsel."

Daß Kapitän Olson dies Signal erwartet hatte, erkannte er an der Schnelligkeit, mit der die Schakel aus beiden Ankerketten geschlagen wurden. Er stippte die Anker, nachdem er sie mit Bojen versehen hatte, um sie bei besserem Wetter aufzunehmen. Die Jessie wendete unter vollem Stagsegel, dann wurde das doppelt gereffte Toppsegel gehißt. Sie schoß fort wie ein Rennpferd und kam auf eine halbe Kabellänge vom Balejunariff frei. Eben bevor sie die Spitzen rundete, wurde sie von einer furchtbaren Bö getroffen, die weit heftiger als die erste war.

Diese ganze Nacht hindurch schlief Scheldon, während Bö auf Bö über Berande hinwegfegte, Bäume entwurzelte, Kopraschuppen umstürzte, und das Haus auf seinen hohen Pfosten wankte. Er merkte nichts von dem Aufruhr. Er schlief fest, ohne sich nur zu rühren, ohne zu träumen. Wie neugeboren erwachte er. Er war hungrig. Es war über eine Woche her, seit Nahrung über seine Lippen gekommen war. Er trank ein Glas mit Wasser verdünnter kondensierter Milch, und gegen zehn Uhr getraute er sich, eine Tasse Brühe zu trinken. Auch die Lage im Hospital hatte sich gebessert. Trotz des Sturmes war nur ein Mann gestorben und ein neuer Kranker eingeliefert, während ein halbes Dutzend Leute schwach nach den Baracken schlichen. Er hatte gern gewußt, ob es der Wind gewesen, der die Krankheit fortgeblasen und das verseuchte Land gereinigt hatte.

(Forts. folgt.)

und politischen Betätigung im Nachkriegsdeutschland gab und ihr damit zu einer achtbaren Stellung innerhalb der Gesellschaft verhalf!

Die arbeitende Frau sollte nicht mehr der Gnade und Ungnade des Arbeitgebers ausgeliefert sein, sondern an ihrem Los selbstgestaltend mitwirken können. Es ist nicht nur Privileg des Mannes, innerhalb des Betriebes mitbestimmend zu wirken, sondern auch der Frau! Dieses Recht raubt ihr die Gewerkschaft ein und nichts wäre verkehrter, als es nicht in Anspruch zu nehmen. Erfreulicherweise kann deshalb festgestellt werden, daß die Frau diese ursächliche Gegenwartsforderung begriffen hat.

Trotz des Krisenjahres 1929 ist die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Frauen in Deutschland um 22 000 gestiegen und weist neben den 5 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften 723 000 Frauen auf. Nirgends kommt die Macht der Frau deutlicher zum Ausdruck, als in diesen Zahlen. 723 000 Frauen ringen mit den Gewerkschaften um eine bessere Zukunft; ein hohes Ziel, das, je stärker wir sind, je eher erreicht wird!

# NAZI-SPIEGEL

## Die Nazi-Pflaume

Die Nazis sind bei den Kommunisten in die Schule gegangen. Nach ihrer politischen Pleite im Reichstag legen sie jetzt alle Kraft auf die Betriebsarbeit, gründen Betriebszellen, wählen Betriebsobleute und legen alles darauf an, die ††† Gewerkschaften zu zerschlagen. Wie ihre Brüder von links betonen sie natürlich mit scheinheiligem Augenaufschlag, daß sie natürlich nichts gegen die Gewerkschaften an sich hätten, daß sie nur die „Bonzenwirtschaft" bekämpften und für eine Aktivierung der Gewerkschaften eintraten. Wenn sich aber eine Gewerkschaft diese Aktivierung nicht gefallen läßt und einem der Radaubrüder, der sich gegen die gewerkschaftliche Disziplin vergeht, in großem Bogen an die frische Luft setzt, dann ist das Geschrei dieser Jammerlinge groß!

Neuerdings geben die Nazis sogar eine besondere Zeitschrift für ihre Betriebszellen Arbeit heraus: „Arbeitertum", Blätter für Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation. Sie wird gemanagt von ihrem Reichstagsabgeordneten Schuhmann, einem jungen Menschen, der von der Arbeiterbewegung so viel Ahnung hat wie seine Freunde von der Politik oder wie die Kuh vom Eierlegen, nämlich keine: Hören wir uns doch einmal an, was er in einem Aufsatz im „Arbeitertum" für überragende Weisheit zum besten gibt:

„Wir verzichten auf die marxistische Futtertrog-Idee, wie sie wohl für eine Viehherde paßt, aber nie und nimmer für den denkenden deutschen Menschen." (Wobei daran zu erinnern ist, daß auch Herr Schuhmann zu jenen 107 Reichstagsabgeordneten gehörte, die nicht mehr an den Reichstagssitzungen teilnahmen und sich trotzdem ihre Diäten aus dieser republikanischen „Futtertrippe" treu und brav abholten!)

Dann sagt besagter Schuhmann weiter:

„Die marxistische Wirtschaftsauffassung hat ja erst dazu geführt, daß heute Millionen und aber Millionen deutscher Menschen auf der Straße liegen und am Leben verzweifeln." (Jetzt wird uns der Mann auch noch einreden wollen, daß die Herren Lahusen aus dem Nordwolle-Skandal „marxistische Wirtschaftsauffassungen" hatten und deshalb ein Heer von Arbeitern auf die Straße wirtschafteten.)

„Der Marxismus hat das Land entvölkert und die Städte proletarisiert." (Herr Schuhmann irrt hier! Da sind wahrscheinlich die Radfahrer schuldig; oder sollte etwa an Herrn Schuhmanns Geistesblitzen Schuld haben, daß er als Kind zu heiß gebadet wurde?)

Ernsthaft läßt sich doch über diesen haarsträubenden Blödsinn wirklich nicht reden; und ernste überlegte Arbeiter fallen auf solche Tiraden ganz bestimmt nicht herein, da sind wir ganz unbesorgt.

## Der Faschismus muß von der wirtschaftlichen Seite her entlarvt werden!

National und international hat sich der Faschismus in letzter Zeit politisch immer unmöglicher gemacht. Der Auszug der Nationalsozialisten aus dem deutschen Parlament, das klägliche Verhalten Pilsudskis in Polen und Woldemaras in Litauen, die Schiebungen Mussolinis in der Abrüstungsfrage, der schmähliche Zusammenbruch der Diktatur in Spanien, der bevorstehende Zusammenbruch der Diktatur in Portugal, alles sind Zeichen dafür, daß die Faschisten früher oder später versagen, wenn sie vor praktische Schwierigkeiten gestellt werden.

Trotz dieser offensichtlichen politischen Unfähigkeit gewinnen jedoch die Faschisten — wie die Wahlen in Brandenburg in Deutschland kürzlich besonders deutlich dargetan haben — immer wieder neue Anhänger. Der Grund muß ohne Zweifel darin gesucht werden, daß wirtschaftlich arg bedrückte Menschen, die zusehen müssen, wie die Krise trotz der Unsumme der Kenntnisse und Möglichkeiten unserer Zeit ihren Fortgang nimmt, in einer von allen diesen Möglichkeiten abweichenden Wirtschaftspolitik, d. h. in diesem Falle in den wirtschaftlichen Theorien des Faschismus, einen Ausweg oder wenigstens einen „neuen" und „anderen" Weg vermuten. Diese Geistesverfassung wird durch eine unserer Zeit eigene Denk- und Tatsachenmüdigkeit — die vorwiegend ein Produkt wirtschaftlicher Bedrängnis ist — begünstigt.

Nur so läßt es sich erklären, daß gerade die jeder Vernunft und jeder gesunden Ueberlegung baren wirtschaftlichen Losungen der Faschisten dem Faschismus immer wieder zu neuen Anhängern verhelfen. Nur auf Grund dieser Einstellung können es sich die Faschisten erlauben, sich heute für die Abschaffung der Zinsknechtschaft und des arbeits- und mühelosen Einkommens auszusprechen und morgen gegen die bloße Besteuerung solcher Einkommen zu stimmen, heute den als Grundlage des Faschismus gedachten korporativen Staat, also den Kollektivismus, zu propagieren und morgen die dazu in direktem Gegensatz stehende alleinseligmachende Privatinitiative als die einzig „wirksame Methode der Produktion" zu bezeichnen. Nur deshalb können es sich die Faschisten gestatten, heute im Interesse der Gewinnung neuer Mitglieder aktiv an Streiks mitzuwirken und morgen in der Verfassung des auf Grund dieser betrügerischen Manöver erschwindelten faschistischen Staates oder eventuell „Dritten Reiches" jeglichen Streik zu verbieten, die Löhne zwangsweise (wie dies in Italien in den letzten Jahren wiederholt geschehen ist) zu kürzen und die mühelos erworbenen Einkommen durch geringere Besteuerung zu begünstigen.

Da es nicht gut angeht, die Faschisten einfach wirtschaftlich die Probe auf das Exempel machen zu lassen, d. h. ihnen kurzerhand Gelegenheit zu geben, sich in praktischer Stellungnahme auch wirtschaftlich unmöglich zu machen (was schließlich nur die großen Massen des Volkes bitter zu entgelten hatten), so ist es um so wichtiger, immer wieder die **wirtschaftlichen Losungen des Faschismus** zu entkleiden und zu beweisen, daß das letzte und höchste Ziel der Faschisten gerade die Aufrechterhaltung jener liberalistischen und kapitalistischen Wirtschaft ist, die sie angeblich bekämpfen.

Der italienische Faschismus, in dessen Fußtapfen die meisten anderen faschistischen Bewegungen zu gehen versuchen, hat diese Aufgabe sehr erleichtert und muß deshalb als warnendes Beispiel immer wieder angeprangert werden: Im Jahre 1919 hat der italienische Faschismus Anhänger gewonnen, indem er sich für eine beträchtliche progressive Steuer auf alle Kapitalien aussprach. Noch im Jahre 1923 hat er privaten Besitz enteignet und Streiks gefördert. Nach seinem mit Mord und Totschlag errungenen Sieg hat er hingegen nicht enteignet und keine Kapitalien besteuert, sondern die Löhne abgebaut; er hat schon im Jahre 1926 verfassungsmäßig jeglichen Streik verboten; er hat den korporativen Staat zu einem Staat gemacht, in dem die Kapitalisten befehlen und die Arbeiter zu gehorchen haben!

Hat er jedoch angesichts all dieser für die Kapitalisten äußerst günstigen Bedingungen, die in der Abschiebung aller Lasten auf die breiten Massen des Volkes bestehen, wenigstens den kapitalistischen Staat und seine Wirtschaft saniert? Keineswegs! Im Gegenteil! Trotz dieser Opfer der Armen und Aermsten und trotz voller Handlungsfreiheit der Kapitalisten — die in andern Ländern immer wieder als wichtigste Voraussetzung einer Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse bezeichnet wird — ist heute Italien wirtschaftlich schlimmer daran als je!

Ein in italienischen Angelegenheiten gut unterrichtetes bürgerliches Blatt der Schweiz bestätigt diese Tatsache mit einem „1931, das Entscheidungsjahr Italiens" betitelten Artikel, von dem wir nur einige Stellen wiedergeben brauchen, um zu zeigen, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum von einem faschistischen Staat nichts zu erwarten hat. Es heißt in den besagten Ausführungen u. a.:

„Der italienische Staat hat in diesem Jahre Schatzscheine im Betrage von vier Milliarden Stabillire einzulösen und dann bis zum Jahre 1935 weitere 3640 Millionen. Die Staatsschulden sind seit 1922 von 85 Milliarden Papierlire auf 92 Milliarden Stabillire gestiegen, die Staatsausgaben um nicht weniger als 50 Prozent."

Wie sollen diese Schulden liquidiert werden? Durch Auslandsanleihen, Heranziehung der deutschen Reparationsschuldscheine, zwangslaufige Konsolidierung der Schatzscheine „oder durch die Hoffnung auf einen rettenden Zufall, und sei es eine Katastrophe?

„Auch das letztere", sagt das Blatt, „wäre eine Lösung. Eine andere zeigt sich nicht, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die letzten Notmaßnahmen — Reduzierung der Löhne, Oeffnen der Grenzen für die Arbeitslosen — bis zum Fälligkeitstermin diese 4000 Millionen und das bereits in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres aufgetretene Defizit von 900 Millionen einsparen werden."

Inzwischen werden hauptsächlich die Löhne und Gehälter gekürzt. Die Zahl der Konkurse war gegen Jahresende dreimal so hoch wie zu Beginn der faschistischen Herrschaft!

Das Schlußurteil des genannten Blattes lautet wie folgt:

„In der Rechnung des italienischen Staatshaushaltes stimmt etwas nicht. Italien ist in den letzten 8 Jahren nicht weniger fruchtbar geworden, seine Bevölkerung ist so fleißig, so nüchtern, so bescheiden wie je, die Regierung hat Anstrengungen gemacht, um den Export zu heben und jeziale Kämpfe mit ihren kostspieligen Streiks und Aussperrungen zu verunmöglichen. Und das Resultat ist katastrophal. Die Ursache kann keineswegs allein in der Weltkrise gesucht werden, denn Italien ist schon dank seiner Fruchtbarkeit und der beispiellosen Bescheidenheit seiner arbeitenden Bevölkerung von dieser Krise um vieles unabhängiger als andere Länder. Hier scheinen vielmehr zwei spezifisch faschistische Faktoren ungünstig einzuwirken. Erstens vermißt man einen durchdachten Wirtschaftsplan. Der andere ungünstig wirkende Faktor setzt sich aus den ungeheuren, völlig fruchtlosen Staatsausgaben für Verwaltung, Polizei, Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die Milizen zusammen. Dazu kommen noch die Unsummen für Propaganda jeder Art."

Man sieht: Die „unfruchtbaren Ausgaben", die bis von jeder Tradition unbeschwerten Faschisten angeblich mit ihrem radikalen Besen aus dem durch sentimentale Rücksichtnahmen verseuchten demokratischen Staat wegfegen wollen, **erdrücken gerade den faschistischen** Staat! Die Faschisten wollen wohl die Ausgaben für soziale Versicherung und soziale Fürsorge abschaffen und damit — so sagen sie — mit einem Schlage den Staat und damit die Wirtschaft finanziell entlasten, was sie jedoch mit der einen Hand den Aermsten nehmen, verausgaben sie mit der anderen Hand für die Aufrechterhaltung des faschistischen Apparates, für militärische und Rüstungszwecke. Was in Italien geschehen ist und abschieht, **wird auch in jedem anderen Staate geschehen,** wo sich die Menschen von den angeblich von den lästigen Fesseln der demokratischen Ideen freien Faschisten beschwindeln lassen!

## Der aktuelle Daumier

In einer der interessantesten Privat-Kunstsammlungen des Kontinents, die nicht nur der Leidenschaft für erstklassige Kunstwerke, sondern auch dem stets wachsenden Bedürfnis eines sorgfältig arbeitenden Schriftstellers ihr Dasein verdankt, in der Kunstsammlung von Eduard Fuchs, hangen Arbeiten von Honoré Daumier neben altem chinesischen Porzellan und chinesischen Plastiken. Die uralten Zeugen einer sagenhaft gewordenen Vergangenheit „vertragen" sich gut mit den Gemälden und Lithographien eines Künstlers aus dem vorigen Jahrhundert. Etwas Gemeinsames ist in ihnen, und dieses Gemeinsame ist das kaum näher zu bestimmende Etwas, das den Hauptbestandteil alles Künstlerischen ausmacht. Eduard Fuchs, der beste Kenner Daumiers, hat dem größten „Wirklichkeitszeichner" des vorigen Jahrhunderts also auch äußerlich einen Platz angewiesen in der Reihe der „Kriegskünstler", in der Reihe jener Kunstwerke, die über ihre Zeit hinaus Geltung behalten.

Die schlechte Nachricht

Aber von dieser aktuellen Bedeutung Daumiers soll nicht die Rede sein. Die Geltung des bedeutendsten Karikaturisten Frankreichs ist nicht auf ästhetische Dinge beschränkt. Er war groß in der Form, aber diese Form war ihm nur Mittel zum Zweck, sie war ihm das Ausdrucksmittel für sein politisches Bekenntnis.

Die bürgerlichen Kunstbeurteiler haben sich auf die Tatsache gestützt, daß Daumier oft versucht hat, die Tagesarbeit für die Politik abzuschütteln und in die beinrnliche Ruhe des Malateliers zurückzukehren, und sie haben einen geheimtuerischen Fluch auf das Hetztempo der Karikatur zu einem anhaltenden seelischen Konflikt aufgebauscht, der das Dasein des Malers beschattet und sein Leben für die Kunst zermürbt habe. Es ist richtig, Daumier hat oft die Absicht gehabt, den Lithographenstein mit der Staffelei zu tauschen. Warum aber hat er diese Absicht nicht verwirklicht?

Es war nicht nur der Mißerfolg, der seiner Malerei bis an das Ende seines Schaffens den Weg versperrte. Nein, Daumier verwünschte die Pressearbeit nur dann, wenn es für ihn keine Möglichkeit gab, politisch deutlich zu werden. Er warf sofort den Pinsel hin und stürzte der politischen Karikatur begeistert in die Arme, wenn revolutionäre Ereignisse die bis dahin gefesselte Presse befreit hatten. Aus seinem Schaffen läßt sich die Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von 1830 bis 1872 ablesen. Nur die Pausen zwischen den Monaten des offenen Kampfes füllte Daumier mit unpolitischen Arbeiten aus, mit Ateliararbeit und mit dem öden Broterwerb für banale Blätter — ob, er versuchte auch hier politisch zu sein, und diese soziale Satire entsprang der Erkenntnis und dem Gefühl, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nicht ist, umgestoßen zu werden. Das Barometer seines seelischen Konflikts stieg und fiel mit den Schwankungen der politischen Temperatur.

Ja, dieser Daumier hat nicht nur Witze auf den kleinen Bürger gemacht, der auf das Kapital schimpft und sich vor der Arbeiterrevolution fürchtet und deshalb im entscheidenden Augenblick bereit ist, auf die Arbeiter zu schießen. Daumier hat nicht nur die kleinen Laster und Dummheiten des Bürgers verspottet, sondern er hat auch die großen Verbrechen dieser Klasse festgehalten, die Jämmerlichkeit ihrer Innenpolitik, die Niedertracht ihrer Außenpolitik, ihren Tiertanz zwischen Republik und Monarchie.

Fünfzig Jahre sind seit seinem Tode vergangen. Und seine politischen Zeichnungen sind noch immer aktuell! Es hat sich viel ereignet in diesen fünf Jahrzehnten, aber nicht genug, um die Ruhe des Rückblicks zu gestatten. Fünfzig Jahre! Inzwischen hat jedes artistische Blatt von Daumier Sammlerwert bekommen: Aquarelle, für die er mit Mühe und Not 50 Frank bekam, kosten jetzt Tausende, und die Museen reißen sich darum. Daumier, das ist ein aktuelles Wort für den Kunstmarkt. — Weiter nichts? —

Das Leben eines kämpferischen Menschen erwartet Antwort von uns. Lernen wir es kennen! Das jetzt als Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern der Buchergilde Gutenberg, Berlin, herausgekommene Buch „Daumier" von Erich Knauf erzählt begeisternd und lebendig von Daumier und seiner Zeit, und es enthält zahlreiche Abbildungen aus allen Schaffensperioden dieses großen Zeichners des vorigen Jahrhunderts. Das Buch hat das Format und den Umfang der Gildenbücher der Normalreihe. Schon die erstaunlich große Zahl der Abbildungen macht das Werk begehrenswert.

# Von Woche zu Woche

**Wichtiges in aller Kürze**

Die deutschen Gewerkschaften haben durch den Vorstand des ADGB. zu der **Weltwirtschaftskrise** als auch der **Finanzkrise** scharf Stellung genommen und die Schuld der privaten Wirtschaftsführer festgestellt. Eine Entschließung vom 29. Juli fordert von der Regierung, daß sie stärker als bisher die Kontrolle über die Privatwirtschaft und das Bank und Aktienwesen, insonderheit aber über die Kartelle und Truste durchführt. Es wird u. a. eine maßgebliche Beteiligung des Reiches an der Verwaltung der Banken verlangt. Zu diesem Zwecke müsse ein Bankenamt errichtet werden, durch das der inländische Geld- und Kapitalmarkt öffentlich kontrolliert und gelenkt wird. Weiter wird erklärt, daß, um die ins Ausland geflüchteten Kapitalien der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen, die Notverordnungen gegen die Kapitalflucht auf ausländische Effekten im deutschen Eigentum zu erweitern seien und daß die Anmeldepflicht für Devisen auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin ausgedehnt werden müsse. Notwendig seien weiterhin Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft.

Schließlich, und damit geht die Resolution zu allgemein politischen Betrachtungen über, wird auf die Notwendigkeit des Abbaus überhöhter Zölle in Landwirtschaft und Industrie und darauf, daß die deutsche Außenpolitik in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein müsse, verwiesen.

*

Die Presse wußte zu berichten, daß in der Anleihefrage Frankreich gewisse Garantiewünsche geäußert hat. Diese Garantiewünsche wollen in den Verhandlungen der letzten Zeit eine große Rolle; bisher sind sie aber weder von den deutschen, noch von den französischen Unterhändlern bekanntgegeben worden. Endlich ist bekannt geworden, daß sich der französische Standpunkt mit drei Worten umreißen läßt: Panzerkreuzer, Zollunion, Stahlhelm. Es wird hinlänglich versichert, daß über diesen Kreis die Wünsche des französischen Kabinetts nicht hinausgegangen waren. Wenn die vorliegenden Meldungen zu dieser Frage richtig sind, dann ist also die von Frankreich angebotene Anleihe von zwei und mehr Milliarden deshalb nicht zustande gekommen, weil das Kabinett Brüning sich nicht entschließen konnte, auf diese Bedingungen einzugehen.

Um diese Fragen dürfte es sich auch bei den Besuchen des amerikanischen Außenministers Stimson, Ramsen Mac Donalds und Hendersons in Berlin gehandelt haben. Wie man erfährt, haben die Vertreter beider Länder dem deutschen Kabinett klarzumachen versucht, daß die politischen Streitfragen aus der Welt geschafft werden müssen. Amerika und England seien nicht imstande, ohne Frankreich, oder gar gegen Frankreich, überhaupt die notwendige große Anleihe an Deutschland zu geben. Es geht um das Lebensinteresse des deutschen Volkes. Ohne Auslandskredite kommt Deutschland schwerlich aus der Misere heraus. Eine ausländische Milliardenanleihe wäre zunächst ein Ersatz für die abgezogenen ausländischen Privatkredite sein können. Die Regierung steht vor der Aufgabe, den beschrittenen Weg in einer für Deutschland erträglichen Form weiter zu verfolgen.

*

Nach den Londoner Verhandlungen ist zunächst für die Sanierung des Finanz- und Kreditwesens die Zurückziehung deutschlands auf die eigenen Kräfte übrig geblieben. Das bedeutet schwere Opfer für die Arbeiter, Verschlechterung des Beschäftigungsgrades, für den Staat, vermehrte Finanzschwierigkeiten, für die Verbraucher Entbehrungen. Trotzdem wurde diese Losung von Hugenberg und seiner Presse stürmisch begrüßt. Bei der Stellungnahme dürfte der politische Gesichtspunkt, die Hinterreibung der deutsch-französischen Verständigung, den Ausschlag gegeben haben. Erinnert man sich aber an die Grundsätze der großagrarischen Wirtschaftspolitik von Hugenberg, an seine lebhafte Propaganda, die deutsche Währung vom Gold loszulösen, den „Würgengel der Deflation", zu töten, so wird man unschwer erraten, wie Hugenberg den Zustand des wirtschaftlichen Bruchs mit dem Ausland ausnutzen würde.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß Hugenberg, wurde er nach dem Bruch mit Frankreich ans Ruder gelangen, eine Inflation größten Umfanges durchführen würde. Die deutsche Landwirtschaft hatte Ende 1930 eine Schuldenlast von 11,6 Milliarden Reichsmark, wovon ein verhältnismäßig sehr großer Teil auf den Großgrundbesitz entfällt. Man braucht nur eine Inflation großen Umfangs herbeizuführen, **damit der Großgrundbesitz seine Lasten los wird.** Für diese Sachwertbesitzer ist der Gedanke einer Inflation gar nicht so gefährlich. Wie aber Deutschland als Volk und als Staatswesen über eine zweite Inflation hindurchkommen würde, das muß wohl heute jedem ernsthaften Politiker zu denken geben.

*

**Franzen zurückgetreten.**

Der nationalsozialistische braunschweigische Innenminister Dr. Franzen ist zurückgetreten. Er begründet den Rücktritt damit, daß es ihm nach den letzten Notverordnungen des Reichskabinetts nicht mehr möglich sei, Ersprießliches für das Land zu leisten. Dieser Grund ist nur vorgeschützt. Offenkundig ist Franzens Position durch den Ausgang seines Prozesses erschüttert worden. Es ist außerdem bekannt, daß innerhalb der Koalition der Rechtsparteien Differenzen bestehen.

**Mordschüsse auf der Rechten.**

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete kürzlich in Berlin eine Kundgebung, bei der sich zeigte, daß in den sogenannten „nationalen" Kreisen eine geradezu politische Meuchelmordstimmung herrscht. Es hagelte nur so von Zwischenrufen, die für den Reichskanzler Dr. Brüning den Strick androhten, wenn er aus London zurückkäme. Auch in einer Funktionärversammlung der Deutschnationalen vor einigen Tagen ging es hoch her. Wie der „Vorwärts" mitteilt, wurde in dieser Versammlung der Reichsbankpräsident Dr. Luther als ein „unverantwortlicher Lump" und der Reichsaußenminister Dr. Curtius als ein „Strolch" bezeichnet. Ein Stadtverordneter habe in den Saal gebrüllt, man müsse jetzt zu allem bereit sein und dürfe auch nicht vor einem Mord zurückschrecken, was die Hälfte der Teilgenossen mit tosendem Beifall aufnahm.

# Technik und Werkstatt

## Gips für Modell- und Fußabdrücke

Gips wird durch Sprengarbeit gewonnen. Die gewonnenen Massen werden getrennt nach reiner und gemischter Qualität gewonnen und gefördert. Das unreine Gestein kommt für die Zementherstellung in Betracht, während der übrige Rohgips noch einmal zerkleinert und in einer Mühle zu Staub gemahlen wird. Das im Rohgips enthaltene Kristallwasser und das an der Oberfläche der Steine befindliche Grubenwasser setzen der Vermahlung einen starken Widerstand entgegen, so daß ein schnelles Verschleißen der Mühlsteine eintritt. Die weitere Behandlung richtet sich danach, ob man Modellgips, wie er in der Schuhfabrikation, beim Schuhwarenhändler und in der Schuhmacherei verwendet wird, erhalten will. Da man in unserem Fach, schon des Aussehens wegen, einen guten und reinen Stein verlangt, so erfolgt dessen weitere Bearbeitung durch weitere feine Mahlung und Sichtung. Für Modellgips muß dem Rohgips vor allem das in ihm enthaltene Kristallwasser entzogen werden. Das geschieht bei verhältnismäßig niedrigen Temperatur, 200 Grad Celsius. Zu diesem Zwecke wird der gemahlene Gips mit Hilfe einer Schnecke zu den Faltrumpfen der Modelleisen gebracht. In diesen Meßeln wird gebrannt bzw., richtiger ausgedrückt, gekocht. Während der ganzen 2 bis 3stündigen Brenndauer wird der „Schnittergips" durch ein Rührwerk in ständiger Bewegung gehalten, damit er gleichmäßig durchbrennt. Ist das nicht der Fall, so ist die Ware minderwertig und für die Herstellung von Modellen und Fußabdrücken ungeeignet. Sobald der Gips zu brodeln beginnt, verdampft das in ihm enthaltene Wasser. Auf diese Weise ist es möglich, den Wassergehalt des Rohgipses auf etwa 3 bis 4 Prozent des Gesamtgewichtes herabzumindern. Das gebrannte bzw. gekochte Gipsgut geht dann noch einmal durch eine feinzerkleinte Mühle und wird zuletzt durch Aufsätze in die Lagerräume oder, falls es sich um den Bedarf der Schuhmacherei zu kaufen handelt, in Säcken, in welchen man den Gips für die Schuhfabrikation, den Schuhhandel und die Schuhmacherei zu kaufen bekommt. Der so erhaltene Gips ist schnell bindend. Er erhärtet nach dem Anrühren in etwa einer Viertelstunde vollkommen. Wird der Gips während des Kochens zu stark erhitzt, so brennt er tot. Er ist dann unnicht anwendbar. Erst nach einer weiteren Erhitzung auf 870 bis 970 Grad Celsius wird er wieder gebrauchsfähig. Auf diese Weise erhält man den langsam bindenden Estrich oder Baugips, der jedoch für unser Fach nicht verwendbar ist. Für Orthopädie-Schuhmacherei wird bekanntlich ein besonders guter, weißer und reiner Gips verlangt, der durch abermalige Mahlung und Sichtung nach dem Kochen und vor dem Abfüllen erzielt wird. MK.

## Hygienisches Schuhwerk

Die Nachfrage nach hygienischem Schuhwerk hat in den letzten Jahren ganz erheblich an Umfang zugenommen. Teilweise ist das darauf zurückzuführen, daß die allgemeine Notlage dazu getrieben hat, möglichst billiges Schuhwerk zu verwenden. Daß derartig billiges Schuhwerk den meisten Füßen unzuträglich ist, ergibt sich aus Deformationserscheinungen der Füße, so daß viele Patienten gezwungen sind, sich nunmehr nach hygienischem Schuhwerk umzusehen. Auf der Dresdner Hygiene-Ausstellung kann man beobachten, daß diesen Wünschen in hervorragendem Maße Rechnung getragen wird, daß aber die Fußnot breiter Bevölkerungskreise auch immer größer geworden ist. Von den verschiedenen Ausstellern werden an Hand von Schuhwerk und Modellen Beweise dafür erbracht, daß falsch gebautes Schuhwerk den Fuß deformiert. Die richtige Passform ist in allen Fällen alleinige Rettung vor Fußbeschwerden. Dabei kann man bemerken, daß durchwegs nicht eine Form maßgebend sein kann, sondern daß sich die Schuhlieferanten und Schuhmacher vielmehr individuell auf den Patienten einstellen müssen. Auch für deformierte Füße bequeme Schuhe können recht formschön aussehen. Orthopädische Schuhe werden heute jedenfalls in weit größerer Menge verlangt, als man je gedacht hat. Deshalb ist notwendig, daß sich die Schuhlieferanten und Schuhmacher mehr als bisher auf die Zeitströmung nach hygienischem Schuhwerk einstellen müssen, um der fußleidenden Menschheit gerecht werden zu können. MK.

## Verhütung von Riemenrutsch durch Leim und Gummi

Riemenrutsch läßt sich dadurch erfolgreich verhindern, daß man die Riemenscheiben mit einem Kaseinleimanstrich versieht. Auf diesen Anstrich streut man granulierten oder pulverisierten Gummi, den man aus Abfällen ohne Gewebeeinlagen gewinnt und sich durch Mahlen oder Zerreiben selbst herstellen kann. Da der Leim manches Mal unangenehm riecht, der Geruch außerdem durch den Riementrieb an Intensität gewinnt, so kann man ihm auch Riech- und Farbstoffe beimischen, was auf die verschiedenen Riemensorten ohne Nachteil ist. Das Verfahren ist durch schweizerisches Patent 110 188 geschützt. MK.

# Das Schuhgewerbe in Polen

Die Lohnabbaupolitik, die in Deutschland durch Stegerwald eingeleitet wurde, fand bei den polnischen Unternehmern ein freudiges Echo. Wenn in dem ungleich reicheren Deutschland — so raisonnierten sie — die Löhne abgebaut werden, um wieviel mehr ist das im armen Polen notwendig! Dieses Argument konnte eine gewisse Berechtigung beanspruchen, wenn Polen sowieso nicht das Land der niedrigsten Löhne wäre. Die Löhne laufen schon seit Jahren auf der tiefsten Hungerlinie. Sie reichen kaum für die billigsten Nahrungsmittel hin, für Bekleidung und andere notwendige Bedarfsartikel bleibt kein Groschen übrig. Wenn schon das Dasein der noch beschäftigten Arbeiter zwischen Himmel und Erde pendelt, dann ist es um die Arbeitslosen unendlich schlimmer bestellt.

Trotz der Sommersaison sind noch 276 000 gewerbliche Arbeiter ohne jede Beschäftigung — eine für Polen gewaltige Zahl —, aber nur 52 000 erhalten eine geringe Arbeitslosenunterstützung. Entsetzlich ist das Elend, in dem die Familien der oft jahrelang Arbeitslosen leben müssen ohne Hoffnung auf bessere Tage. Da ist es verständlich, wenn Raub und Mordhalle, Selbstmorde und Selbstmordversuche in dem sonst frommen Land überhand nehmen. In dieser Hinsicht marschiert Warschau an der Spitze aller europäischen Hauptstädte. Es fällt nicht mehr sonderlich auf, wenn ein Hunger leider auf der Straße vor Erschöpfung niederfällt.

Trotz dieses allgemeinen Elends sind die Unternehmer mit Befriedigung auf Deutschland unverfrossen genug, die Schmachtriemenlöcher noch weiter zu schnallen. Da haben die freien Gewerkschaften alle Hände voll zu tun, um die Schläge auf den Arbeiter etwas abzumildern. Seit Ostern schon flutet eine breite Streikwelle über das Land. In jedem Bereche brechen kleinere und größere Streiks aus. Mit einigen wenigen Ausnahmen ist es den Bezirksleitern auch gelungen, die Angriffe auf Lohn und Arbeitszeit abzuschlagen. Die Regierung des ehemaligen Sozialisten Pilsudski, der uns dem Lande ein Musterbeispiel des Nordens gemacht hat, verrät dabei, daß sie laut Verfassung die Arbeit schützen soll: im Gegenteil: sie schickt den Kapitalisten militärische und polizeiliche Hilfe und faßt sogar, wie Fälle beweisen, auf die Streikenden Schüsse. Sie hat es zugelassen, daß fast die gesamte Schwerindustrie, die Eisenbahnen, Forsten, Kohlen und Erzgruben, das gesamte Erdölgebiet, die Zündhölzer, die Elektrizität und anderes Volksvermögen ausländische Kapitalisten ausbeuten dürfen, für die natürlich der fettste Profit, nicht aber die Interessen eines ihnen fremden Volkes maßgebend sind.

Obwohl die Unternehmer es verstehen, sogar aus der katastrophalen Wirtschaftskrise annehmbare Dividenden zu ziehen, der Industrie zu Lasten der Staate noch Subventionen, Aufhebung der Arbeitszeitfreiheit beschränkenden Demobilisationsvorschriften, Zölle und Steuererleichterungen. Sie haben auch schon zum Schaden der Arbeiter der Regierung mancherlei Vorteile abgenommen. Jetzt aber werden die für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse zu Schleuderpreisen dem Ausland geliefert. Um die Dumping-Preisdifferenz auszugleichen, muß der inländische Verbraucher für dieselben Erzeugnisse erheblich überzogene Preise bezahlen. Der kapitalarme Verbraucher kann natürlich diese Preise nicht entrichten, der Produktionsabsatz stockt, die Arbeiter haben weniger Arbeitsgelegenheit, das Handwerk bekommt keine Bestellungen, der Handel hält sich nur mit Wechselkrediten über Wasser, die Bevölkerung kann infolge des großen Bedarfsausfalls nicht diejenige Menge der landwirtschaftlichen Produkte einkaufen, die zur Ernährung notwendig wäre. Und so fort im Kreise. Dann ist der Lohnabzug, die Arbeitszeitverlängerung der Weisheit letzter Schluß.

Von der **Lederindustrie** ist bekannt, daß sie schon in normalen Zeiten kaum japsen kann. Die Mehrheit der Bevölkerung wohnt auf dem Lande, sie kauft barfuß, für sie sind also die Schuhe ein Luxus. Schuhe sind hochlinks für den Gang zur Kirche bestimmt. Auf dem Wege zur Stadt werden sie in Handen getragen, erst kurz vor der Stadt angezogen. In der Stadt selbst laufen die Arbeiter und ihre Angehörigen in zerrissenem Schuhwerk umher, ein Flick jetzt auf dem andern. Während in Amerika und England auf jeden Einwohner drei, in Canada, Schweiz und Oesterreich zwei Paar Schuhe jährlich entfallen, ist es in Polen nicht mal ein Paar. In Deutschland verbraucht jeder Einwohner jährlich drei Kilo Leder, in Polen dagegen nur ½ Kilo. Die Armut, das Elend als Folge der erschreckend niedrigen Löhne verwehrt den Menschen jedes solide Schuhwerk. Die Armut ist auch die Hauptursache des chronisch kranken Zustandes, in dem sich die polnische Lederindustrie seit jeher befindet. Die kleineren Ursachen sind nicht minder wichtig. Die Landbevölkerung kann sich von den Erträgnissen ihrer Parzellenwirtschaft nicht ernähren, sie greift deshalb zum Handwerk. In der Dorfhütte sind neben Zange und Zichel auch Schuster-schemel und Leisten unzutreffen. Jeden Sonntag kann man beispielsweise in Warschau sehen, wie aus den umliegenden Dörfern Männer und Frauen mit Paketen und Körben ankommen, in denen weder Eier noch Butter, wohl aber Schuhe minderer Qualität verpackt sind. Pro Paar zahlt der Warschauer Lederbeiner nicht mehr als zwei bis drei Zloty. Eine geringere Entschädigung ist kaum denkbar.

Eine große Konkurrenz ist der polnischen Lederindustrie bzw. Schuhindustrie erstanden durch den tschechischen Schuhindustriellen Bata. Er überschwemmt massenhaft den Markt mit seinen Erzeugnissen und sie finden auch guten Absatz. Gegen seine Methoden können die polnischen Schuhfabrikanten nicht aufkommen. Bata's Konkurrenz verschärft natürlich die außerordentliche Arbeitslosigkeit noch weiter. Infolge der chronischen Kapitalarmut der Bevölkerung haben die Gerbereien und Lederzurichtereien immer weniger Aufträge. Die Sattler können kein verarmtes Landvolk nicht aufbringen. Auf die Schuh- und Schäftemacher deren es in Polen etwa 150 000 gibt, entfallen in normalen Zeiten wöchentlich 2½ Paar Schuhe, was bedeutet, daß sie nur für die halbe Woche Beschäftigung haben. Da kann man sich ausmalen, wie schlimm es in Krisenzeiten sein muß. Tausende von arbeitslosen Lederarbeitern — Schuhmacher, Gerber, Sattler, Portefeuiller — hungern in den Straßen umher, um irgendeine Arbeitsgelegenheit zu erhaschen. Nirgends erhalten sie eine Unterstützung. Die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung steht den meisten auch nicht zu, denn Anspruch darauf haben nur diejenigen, die in einem Betrieb mit über fünf Arbeitern beschäftigt waren. Eine Aenderung des Gesetzes zugunsten der kleinsten Betriebe ist vorderhand nicht zu erwarten, denn die diesbezügliche Gesetzesvorlage liegt seit Jahr und Tag in der Regierungsschublade begraben.

Der Schrei der Unternehmer nach Abbau der Soziallasten findet bei der Regierung williges Gehör. Schon ist die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 17 auf 13 Wochen, ihre Höhe um 10 Prozent herabgesetzt. Die Saisonarbeiter sind für die „tote Saison" ausgeschlossen. Die Besteuerung der Kranken-scheine und Rezepte nach deutschem Muster steht in naher Aussicht. Die Beschäftigten müssen jetzt zugunsten der Arbeitslosen eine Extrasteuer von 10 Prozent zahlen. Um die Mosten der Wirtschaftskrise vollends auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, machen die Unternehmer durch den berüchtigten Regierungspräsidenten von Oberschlesien, Grazynski, den kurioseren Vorschlag, die Arbeiter fünf Monate arbeiten und den sechsten Monat feiern zu lassen. Solange sie beschäftigt sind, soll ihnen zwangsweise ein Zwanzigroschen abgezogen werden, der für den Lebensunterhalt des sechsten Monats reichen muß. Die schlauen Unternehmer denken gar nicht daran, ob bei den heutigen Jammerlöhnen es möglich ist, die Arbeiter zum Sparen zu zwingen. Diese müssen jetzt schon an den Hungerpolsten saugen, auch wenn sie voll beschäftigt sind, was leider eine Seltenheit ist. Die Unternehmer gehen aber noch weiter. Sie verlangen die Beseitigung der gesetzlichen 46 Stunden-Woche und Einführung der Parkrückgangsarbeitszeit, Abschaffung der Kranken- und Pensionsversicherung sowie des Feriemurlaubs, Uebertragung der Unfallversicherung an private Versicherungsanstalten, Arbeitsdienstpflicht zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr, Verminderung der Steuern. Man müßte sich wundern, wenn diese „bescheidenen" Forderungen nicht irgendwie seitens der Regierung berücksichtigt werden. Zahlen bekundet sie gegenwärtig eine besondere Neigung. Sie selbst hat nämlich die Beamtengehälter um 15 Prozent und eine Reihe von Zulagen abgebaut, so daß der gesamte Abbau bis an 40 Prozent heranreicht. Außerdem hat sie 15 000 Beamte entlassen.

Die Staatskasse weist einen chronischen Defizit auf. Allein der Monat Juni schließt mit einem Defizit von 13,6 Millionen Zloty ab. Für patriotische Zeitungen und ähnlichen Klimbim nicht zu vergessen „unser heriches Heer" hat sie aber genug Moneten. Die Futterkrippe ist mit allerlei unlauteren Parasiten besetzt, die Vetternwirtschaft blüht, die Obrigkeiten lenken sich zurück. Die freie Arbeiterbewegung, die der überhand nehmenden amtlichen Korruption derb auf die Finger klopft und die volksausplündernden Praktiken schonungslos bloßlegt, wird mit den schäbigsten Mitteln verfolgt. Geld- und Gefängnisstrafen, Konfiskationen der Presse, Ueberfälle durch nationalsozialistische, von der Regierung ausgehaltene Rollkommandos, Polizei und Militär bei Streiks: das sind die alten zarischen Repressalien, mit denen die verkappte faschistische Machthabergarnarilla sich gegenüber den Anklagen zu behaupten versucht. Pilsudski, der seine Volksgenossen als Versuchskaninchen seines Allerwertesten zu beschimpfen wagt, hat aus seiner freiheitskämpferischen Vergangenheit nichts gelernt. Jetzt ist Mussolini sein Vorbild. Seine Regierung ist drauf und dran, die Republik Polen in den faschistischen Sumpf zu stürzen. Die freie Arbeiterbewegung schickt sich an, diesem morschen System den Todesstoß zu verleihen, wozu der Antrieb aus dem wirtschaftlichen Chaos erfolgt.

Victor Kalinowski.

# Tarifbewegung im Schuhmacherhandwerk Freistaat Sachsen

Nach langem Hangen und Würgen ist es endlich gelungen, zunächst für die Städte Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau Ortstarife, an Stelle des bisherigen Landeslohntarifes, abschließen zu können. In Chemnitz wurde in freier Vereinbarung ein Erfolg erzielt.

Das Ziel der sächsischen Schuhmacher-Innungen ging dahin, einen der Hauptpunkte des bisherigen Landeslohntarifs, die Gestehungszeiten für Akkordberechnung, in Zukunft aus den Tarifverträgen auszuscheiden, um so künftigen Lohnabbaubestrebungen den Weg zu öffnen. Um dieses Ziel zu erreichen, erklärte sich der bisherige Vertragspartner, der Verband Sächsischer Schuhmacher-Innungen, für tarifunfähig. Doch das Ziel wurde nicht erreicht.

Mit der gleichen Erbitterung ging der Kampf um die Ferienfrage, die als von der Zeit überholt angesprochen wurde, und künftig einen Platz im Tarif nicht haben sollte. Beide tariflichen Errungenschaften konnten der Kollegenschaft erhalten bleiben, wenn auch in der Frage der Ferien für 1931 eine Einschränkung in der Höhe des Bezuges derselben nicht zu umgehen war. Beide Grundelemente bleiben Bestandteil der künftigen Tarife.

Bereits sein April wird der Kampf um Neugestaltung der Tarife geführt, der nun in seinem Inhalt, soweit die Mantelbestimmungen in Frage kommen, dem bisherigen Tarif entspricht. Die Gestehungszeiten für Akkordberechnung sind den Zeiten des Reichsmantelvertrages angepaßt worden. Der Lohn gestaltet sich für die einzelnen Orte wie folgt:

Dresden, Chemnitz und Leipzig Stundenlohn 90 Pfennig für einen Gehilfen über 21 Jahre (Lohn wie bisher). Für die Orte Plauen und Zwickau Stundenlohn 88 Pfennig für einen Gehilfen über 21 Jahre (bisher 90 Pfennig). Die Gestehungszeiten für Akkordberechnung haben (im Durchschnitt besehen) eine Herabsetzung erfahren. Neu in den Verträgen ist die Aufnahme von Akkordberechnungszeiten für halbmechanische und mechanische Betriebe. Der Zeitlohnzuschlag für mechanische Betriebe beträgt nach wie vor 15 Pfennig pro Arbeitsstunde. Die Verträge treten mit dem 1. August 1931 in Kraft.

Mit dem Abschluß dieser Verträge ist die Bewegung zunächst nur für die Orte der bisherigen Ortsklasse I erledigt, es stehen noch aus die Erledigung der Ortsklassen II und III des alten Tarifes, wo wir, wie wir hoffen dürfen, auf Grund der neugeschaffenen Grundlagen, zu einem schnelleren Abschluß kommen können. An den Schuhmachergehilfen Sachsens dürfte es nun liegen, die Vertragsbestimmungen zur Durchführung zu bringen, vor allem die Innungen der Ortsklassen II und III gleichfalls zur Durchführung neuer Tarifverträge anzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher, Bezirk 7.

# Betriebsratswahl bei Reuffer, Pirmasens

Es ist gelegentlich vorgekommen, daß kritische Betrachtungen in der Oeffentlichkeit über Zustände bei der Firma Reuffer von anderen Firmen ausgeschlachtet worden sind. Man hat den Arbeitern gesagt, sie möchten mit den gegebenen Bedingungen zufrieden sein, angesichts der Bedingungen, die bei der Firma Reuffer anzutreffen wären. Diesen Unternehmern kann erwidert werden, daß es in Deutschland wahrscheinlich nur einen Reuffer gibt, daß es auch bei Bata nicht schlimmer sein kann und daß es für einen, Gesetz und Tarifvertrag achtenden Unternehmer nicht besonders ehrenhaft ist, sich auf eine solche Firma zu berufen. Wer sich auf Pirmasens berufen will, soll sich einen Unternehmer heraussuchen, der sich in den Grenzen des Gesetzes und der Billigkeit bewegt, dann wird er wahrscheinlich wenig Unterschiede gegenüber gleich eingestellten Unternehmern finden.

Herr Reuffer mußte eigentlich in Italien wohnen, wo der Arbeiter nichts zu sagen hat. Er kann es anscheinend absolut nicht verstehen, daß der Arbeiter noch andere Rechte haben soll, als von früh bis spät das Aeußerste seiner Arbeitskraft herzugeben. Eine ganze Reihe wichtiger Tarifbestimmungen werden tatsächlich nicht eingehalten. Wiederholte Vorsprachen an den zuständigen Instanzen haben daran nichts geändert. Die geübte Praxis „rentiert" sich bisher anscheinend noch so, daß das Risiko einiger Klagen mit sehr geringen Kosten der Firma nichts bedeutet. (Hier scheint es wohl auch etwas der Nachhilfe durch den Tarifpartner im Kollektivvertrage zu ermangeln.)

Die bestehende Rechtsordnung bietet leider noch keine Garantien daß derjenige, der den vertraglich zugesicherten Lohn des anderen unterbietet, wegen eines Vergehens bestraft wird, oder daß derjenige, der einen Menschen bis zum Ruin der Gesundheit schaffen läßt, in Freiheitsstrafe genommen wird.

Die Betriebsratswahl verursacht bei der Firma Reuffer jedes Jahr ganz besondere Aufregung. Obwohl sie es bis jetzt immer meisterhaft verstanden hat, eine durchreifende Mitarbeit des Betriebsrats zu verhindern, und die fanatisten Leute auf verschiedene Weise aus dem Betrieb hinauszubringen, wird doch jedes Jahr alles darangesetzt, einen leitlos nach dem Geschmack der Firma zusammengesetzten Betriebsrat zustande zu bringen. Die Meister müssen schon lange vor der Wahl die geeignet erscheinenden Leute aussuchen. Wenn sie der Firma gefallen, müssen diese dann unterschreiben, wobei die meisten nicht wissen, um was es geht. Einer der so Ausgesuchten wird dann vom Meister beauftragt, die Liste beim Wahlvorstand einzureichen.

Den organisierten Arbeitern gelang es dennoch, und trotz alledem, was sonst noch gemacht wurde bis jetzt immer wieder, sich durchzusetzen. In diesem Jahr aber wurde von den Machern der Unternehmerliste noch „gründlicher" als sonst „vorgearbeitet". Wer an bekannten, organisierten Arbeitern außer den Betriebsräten für die Kandidatenliste in Frage kommen konnte, wurde vorher aus dem Betriebe entlassen. So kam es, daß die organisierten Arbeiter für den Arbeiterrat von neun Mann nur fünf geeignete Personen aufstellen konnten. Die Gegenliste der Firma war komplett. Ein Flugblatt folgenden famosen Inhalts forderte zur Wahl dieser Liste auf:

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen!

Alles wählt Liste 2 — weiße Stimmzettel! Rote Stimmzettel müßt ihr vernichten. Keine Stimme dieser Liste, auf denen die Namen (folgen die Namen der beiden freiorganisierten Betriebsräte) und Genossen enthalten sind, denn geht euch deren Liste 1 an. Die ganze Arbeiterschaft ist von ihnen abgerückt, haben diese doch im ganzen fünf Mann zusammengebracht, trotzdem es doch 22 Männer und Frauen sein sollen. Diese Herren schmeißen aber die Frauen ganz aus. Sie wollen keine Frauen im Betriebsrat haben, trotzdem die Frauen ein Drittel der Belegschaft ausmachen.

Gebt dieser Liste 1 einen Denkzettel!

Achtung! Keine zwei Stimmzettel in das Kuvert legen, sondern nur den weißen Zettel!

Hinweg mit diesen Stellenräubern, diesen Parteidienern, diesen Gewerkschaftsbonzen.

Liste 2 vertritt alle Abteilungen! Liste 2 marschiert! Liste 2 die Erfolgreiche!

Alles wählt Liste 2 — weiße Stimmzettel!

Die Listenvertreter der Liste 2.

Die „Pfälzische freie Presse" nimmt in der Nr. vom 28. Juli zu diesem „Flugblatt" in folgender Weise Stellung:

**„Liste 2, die Erfolgreiche."**

„Trotz sorgfältiger Vorbereitungen der Betriebsratswahl durch die Beauftragten der Firma Reuffer, trotz Massenentlassungen organisierter Arbeiter, trotz reichhaltiger Liste firmentreuer Kandidaten und trotz schamlos aufgemachtem, schwer beleidigend gehaltenem Flugblatt, vereinigte die Liste der organisierten Arbeiter die meisten Stimmen auf sich. Das viele Geld, das ganz bestimmt nicht die Anhänger der Liste 2 aufgebracht haben, ist also umsonst ausgegeben. Der im Flugblatt enthaltene Hohn, weil die organisierten Arbeiter „nur" fünf Kandidaten aufgebracht haben, ist entsprechend zurückgewiesen, denn sie wurden alle fünf gewählt. Daß tatsächlich nur fünf organisierte Arbeiter statt der erforderlichen neun den Mut hatten, sich aufstellen zu lassen, ist kein Ruhmesblatt für die Firma. Sie weiß ganz genau, daß sie ja alle geeigneten Arbeiter für diese Liste vorher hinausgeworfen hat. Arbeiter, die die Nerven haben, sich als Betriebsräte mit Herrn Reuffer und seinen Helfern herumzuschlagen, sind unter normalen Verhältnissen schon dünn gesät. Nach der großen „Säuberung" vor der Wahl war es natürlich erst recht nicht möglich, entsprechende Leute zu finden. Wenn in dem Flugblatt behauptet wird, die organisierten Arbeiter wollten keine Frau im Betriebsrat haben, so ist das zunächst ein großer Widerspruch zu der einen Satz vorher aufgestellten Behauptung, „die ganze Arbeiterschaft ist von ihnen abgerückt". Im Falle der Richtigkeit dieser Behauptung könnte es also gar nicht aufs „Wollen" angekommen sein. In Wirklichkeit ist es so, daß sich eben keine Frau dazu bereitet, sich von den Vertretern der Firma dauernd anbrüllen, verhöhnen, beleidigen und schikanieren zu lassen, wie es sich die Betriebsratsmitglieder fortgesetzt gefallen lassen müssen, wenn sie nicht durch Tätlichkeiten oder Beleidigungen der Firma den gewünschten Anlaß zur Entlassung geben wollen. Das Flugblatt erklimmt den Gipfel der Frechheit, der Beschimpfungen und Beleidigungen, wenn es die namentlich aufgeführten, bisherigen Betriebsratsmitglieder als „Stellenräuber, Parteidiener und Gewerkschaftsbonzen" bezeichnet. Wer sich also ein Jahr lang durch die Methoden der Firma Reuffer die Nerven ruinieren läßt, ist ein Stellenräuber usw. Das hätten sich die armen, geplagten und bedauernswerten Betriebsratsarbeiter nicht trauen lassen, daß sie auch noch zum „Bonzen" abqualifiziert werden. Das Flugblatt, über dessen Verfasser wir uns ganz im klaren sind, beweist so recht den unaufhörlichen Haß der Firma gegen die sozialen und arbeitsrechtlichen Erfolge der Arbeiter und gegen die Personen, die sich für diese Errungenschaften und für die Rechte der Arbeiter einsetzen. „Liste 2, die Erfolgreiche", **ist aber trotz Flugblatt zum Leidwesen der Firma doch nicht „erfolgreich" gewesen."**

Nun die Beantwortung einer Frage, die sich alle Leser schon in den ersten Zeilen gestellt haben werden. Wie sind in einem Schuhfabrikbetrieb überhaupt solche Dinge möglich? Einem Unbeteiligten kann das tatsächlich nur sehr schwer klar gemacht werden.

Der Betriebsinhaber Reuffer ist geborener Pirmasenser. Er kennt fast die ganze Bevölkerung persönlich. So kann er bei Einstellungen besonders in Zeiten großer Arbeitslosigkeit „sortieren". Er hat einen großen Verwandtenkreis, aus welchem Arbeiter und Meister in allen Abteilungen ersterent anzutreffen sind. Herr Reuffer läßt sich über alle Vorkommnisse im Betrieb, insbesondere über das Verhalten der einzelnen Arbeiter genau unterrichten. Widerreden gegen unzeitgemäße Anordnungen, Beschwerden gegen ungesetzliche oder tarifwidrige Handlungen, werden freiweg mit Entlassung „geahndet". Nicht immer sofort, aber es findet sich stets bald ein Anlaß. Es ist bei der nötigen Raffinesse keine Mühe, sich innerhalb vier Jahren unter mehr als 10 000 Arbeitslosen die „gewünschten" Arbeiter auszusuchen.

Aus Betriebsversammlungen war Herr Reuffer nicht nur genau unterrichtet über diejenigen, die dort geredet haben, sondern auch darüber, wer alles anwesend war. Alle, die früher noch den Mut hatten, eine Versammlung zu besuchen, und heute entlassen. Mit den Verwandten und ihrem Anhang, mit den Vereinskollegen der Meister, die überall den Betrieb durchziehen, ist keine Betriebsversammlung zu machen. Dann kommen die zahlreichen Arbeiter vom Land, die nach Fabrikschluß zur Bahn müssen und zum Teil in Orten wohnen, die für die Organisation schwer zu ganglich sind, aus Gründen, die mit den besonderen Verhältnissen dieses Territoriums zusammenhängen. In vielen Orten bekommen wir noch kein Lokal für Versammlungen. Die Meister und alle von der Energie ihres Chefs befruchtet und schmunzeln ordentlich die Peitsche. Jeder Arbeiter steht unter ständiger scharfer Kontrolle. Ein raffiniertes System in allen Abteilungen sichert die in allen Gauen des Reiches bewunderte Arbeitsleistung, die bei dieser Firma vorherrschend ist. Sobald die Leistung durch irgend einen Trick wieder in die Höhe getrieben ist, wird der Akkordlohn gesenkt. Dann wird einmal vom Akkord im Zeitlohn, ein andermal vom Zeitlohn in Akkord umgestellt. So ist es immer möglich, „neue Löhne zu machen". Die Arbeiter sind ohne Kündigung eingestellt. Läßt die Leistung nach und es ist noch Auswahl vorhanden, wird eine neue Kraft geholt und verbraucht. Herr Reuffer macht sich nichts daraus, wenn sein Betrieb im Volksmund scharfen Bezeichnungen beggenet. Die meisten Mißstände werden durch die Entlassenen bekannt, die dann klagen und so das hauptsächliche Zusammentreffen zwischen der Firma und der Gewerkschaft am Arbeitsgericht schaffen. An dieser Stätte ist dann die Firma sehr nobel. Wenn sie von vornherein weiß, daß sie verliert, wird ein Vergleich eingegangen. Nur in grundsätzlich erscheinenden oder umstrittenen Angelegenheiten kommt es zur streitigen Verhandlung.

Der Fall Reuffer ist schwer, aber nicht hoffnungslos. Die Firma weiß auch, daß, wenn nicht das „Dritte Reich" der politisch ahnungslosen Schwadroneure, für das sie große Sympathie hat, Wirklichkeit wird, sich die Arbeiter mit der Zeit doch durchsetzen werden. Die fortgesetzt voller Sorge um uns schreibenden Kollegen, deren Unternehmer gerne die Methoden Reuffer nachmachen möchten, können sich darauf verlassen, **daß wir alles daran setzen werden, auch diese Firma in die Bahnen des Arbeitsrechts und menschenwürdiger Arbeiterbehandlung einlenken zu sehen.**

# Mitteilungen

## Görlitz

Die Adresse des Vertrauensmannes lautet: Alfred Lange, Zgauernicker Straße 60.

# Betriebseinstellungen in der Schuhindustrie

Die Firma Haueisen in Cannstatt hat erneut Arbeiterentlassungen bei der Behörde angemeldet. Im Frühjahr hatte es den Anschein, als wenn der Betrieb nach der Umstellung sich wieder erholen würde. Jetzt ist ein erneuter Rückschlag da. Einem großen Teile alter Abteilungsmeister ist gekündigt, sie sollen durch neue, jüngere Leute, ersetzt werden. Ob das der Firma wieder aufhelfen wird? Von Personen, die Einblick haben, wird die Vermutung ausgesprochen daß an dem Gang der Dinge die technische Oberleitung selbst nicht von Schuld frei ist. — Wieder einmal müssen Scharen von Arbeitern für die Wechselfälle des kapitalistischen Systems das Risiko auf sich nehmen.

Wie wir hören, hat die Firma Weil & Söhne, Rastatt ihre Zahlungen eingestellt und strebt einen außergerichtlichen Vergleich an. Die Zahlungseinstellung hängt mit der Kreditmisere zusammen. Die Firma arbeitete seit Jahren mit einer schweizerischen Bank. Von dort scheint der Kredit nicht zu fließen und deutsche Banken waren anscheinend nicht geneigt, Kredit zu gewähren. Sämtlichen 650 Arbeitern ist gekündigt!

Die Firma Langermann in Niederrauerbach bei Zweibrücken hat Berichten in der Fachpresse zufolge vorläufig ihren Betrieb eingestellt; dadurch haben 3800 Arbeiter und Heimarbeiter ihre Arbeitsmöglichkeit verloren. Die Firma hofft aber durch Umstellung, bis Mitte August wieder Arbeitskräfte einstellen zu können. Durch Wiederaufnahme der Opankenherstellung im Herbst glaubt man weiter einen ziemlichen Teil der Heimarbeiter wieder beschäftigen zu können.

Die Schuhfabrik Riedel in Niederrauerbach hat eben falls ihren Arbeitern gekündigt. In Zweibrücken feiert der Betrieb Kilian 2 seit 14 Tagen, während der Hauptbetrieb diese Woche Kurzarbeit einleat. Auch bei dieser Firma ist mit Stillsetzung zu rechnen; dadurch würden weitere 300 bis 400 Arbeiter erwerbslos!

# Wer hilft den Faschisten?

## Uebergelaufen zum Klassenfeind

Die KPD. hat am 21. Juli 1931 der preußischen Staatsregierung ein Ultimatum gestellt, in der sie eine Reihe Forderungen aufstellt, die zum Teil nur von der Reichsregierung erfüllt werden können. (Zu: Außerkraftsetzung der Notverordnungen.)

Vor zwei Monaten, am 14. und 15. Mai, hat der KPD.-Führer Thälmann in Moskau in der Plenarsitzung des Exekutivkomitees der KPD. erklärt, daß das Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung „die Verschärfung der Faschisierung bildete" („Rote Fahne" vom 5. Juni 1931) und er fuhr fort:

„Trifft es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus (!) Auffassungen bestehen, wonach die Preußenregierung besser als die Bruningregierung sei? Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß zu der Zeit des Stahlhelmvolksbegehrens unsere Partei nicht ihre Pflicht getan hat. Hätte sie in der Linie unseres Aufrufs zur Volksaktion gegen Preußenregierung, Brüningdiktatur und Faschismus klar und offensiv gekämpft, hätte sie dann nicht verhindern können, **daß das Volksbegehren erfolgreich war?** Aber wir waren in dieser Kampagne nicht aktiv genug." („Rote Fahne" vom 5. Juni 1931.)

**Es ist also nicht Fahrlässigkeit, die Kommunisten wissen, daß eine Stahlhelmregierung einen Sieg des Faschismus bedeuten würde. Dennoch hat die KPD.-Leitung es jetzt fertig gebracht, sich den Hakenkreuzlern und Stahlhelmern zur Verfügung zu stellen für den Stahlhelm-Nazi-Volksentscheid!** — Nüchtern gebliebene Arbeiter werden sich hüten vor einer solchen Wahnsinnspolitik!

**Sie lassen die Reaktionäre unter sich.**

**Sie bleiben bei diesem Volksentscheid zu Hause.**

# Literatur

Das Partei-Antiquariat IPA (Internationales politisches Antiquariat) Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, brachte anläßlich des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Wien Nr. 2 des „Politischen Antiquars" heraus.

Im politische Antiquar führt diese seltene und wichtige Studienliteratur, unter anderem über die Internationale, auf. Interessenten können den „Politischen Antiquar" kostenfrei von der Hauptgeschäftsstelle des IPA. abfordern.

Gegen die Arbeitsdienstpflicht. — Von Ernst Wilh. Reimann. Verlagsbuchdruckerei Willy Trubach, Berlin N 113, 48 Seiten. Preis 0,80 RM. Durch die dritte Notverordnung der Reichsregierung die den freiwilligen Arbeitsdienst befürwortet, hat die Frage der Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht aktuelle Bedeutung bekommen. Die vorliegende Schrift, die sich gegen die Arbeitsdienstpflicht wendet, behandelt ausführlich das heftig umstrittene Problem.

Das Protokoll des Leipziger Parteitages. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger (G. m. b. H.), Berlin. 320 Seiten. Preis geb. 3,90 RM, broch. 2,85 RM.

Als Nr. 4 der Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher ist im Verlage J. H. W. Dietz Nachfolger (G. m. b. H.), Berlin SW 68 eine Arbeit von Dr. Otto Friedländer mit dem Titel „Der Staat der deutschen Arbeit" erschienen. 48 Seiten 50 Pf. In illustriert und leicht faßlicher Form wird der Versuch gemacht, ein Bild von den sozialen Leistungen des deutschen Volksstaates zu geben. Es ist wohl das erste Mal, daß eine Gesamtbilanz ad dessen, was seit Revolution in sozial- und kulturpolitischer Hinsicht geschaffen wurde, im Vergleich zur Vorkriegszeit und zu den Staaten des Auslandes aufgestellt wird.

Das Mietrecht (Sammlung Rechtsauskunft für jedermann). Von Dr. Schuster. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. Preis pro Heft 50 Pf. — Diese Neuerscheinung ist eine Sammlung bisher Heften, von denen jedes eine bestimmte Frage ausführlich und leicht verständlich behandelt. — Der Vorzug auch des vorliegenden Heftchens „Mietrecht" besteht in seiner Uebersichtlichkeit. In nach dem Alphabet geordneten Stichworten wird der Stoff leichtfaßlich dargeboten.

Dienstvertrag — Werkvertrag. (Beilagebande Sammlung Rechtsauskunft für jedermann.) Von Dr. Schuster. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. Preis 50 Pf. — Das vorliegende Schriftchen behandelt diesen Teilabschnitt aus dem Arbeitsrecht. Es arbeitet insbesondere klar heraus, inwieweit die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches den Arbeitsvertrag berühren.

„Die öffentliche Berufsberatung, ihr Wollen und Wirken" von Dr. Rudolf Blodwald, Referent in der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin. 3. Heft der Arbeitsbundesschriftenreihe für das Personal der Arbeitsämter. Verlag Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SW 68, Oranienstraße 40/41. Preis für Mitglieder des ZDA. 0,70 RM, für Nichtmitglieder 1,00 RM. Der Verfasser gibt dem Berufswahlproblem der Gegenwart aus und leitet von hier aus Aufgaben und Ziele der öffentlichen Berufsberatung ab.

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, erschien soeben Heft 3 der „Sozialdemokratischen Lehr- und Lesebücher": „Marx, Engels und der kapitalistische Staat", herausgegeben und eingeleitet von J. P. Mayer. Preis 50 Pf. Die Staatsauffassung von Marx und Engels wird durch treffend ausgewählte Abschnitte aus ihren Schriften in fortschreitender Entwicklung dargestellt.

# Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

**Vom 2. bis 8. August ist der 32. Beitrag fällig**

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg
Redaktion: Otto Treßlich, Nürnberg 4 (Abholfach). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg).